

## Die neue NATO-Strategie „Active Engagement, Modern Defence“ Taktisches Readjustment des westlichen Imperialismus

von Christian Stache

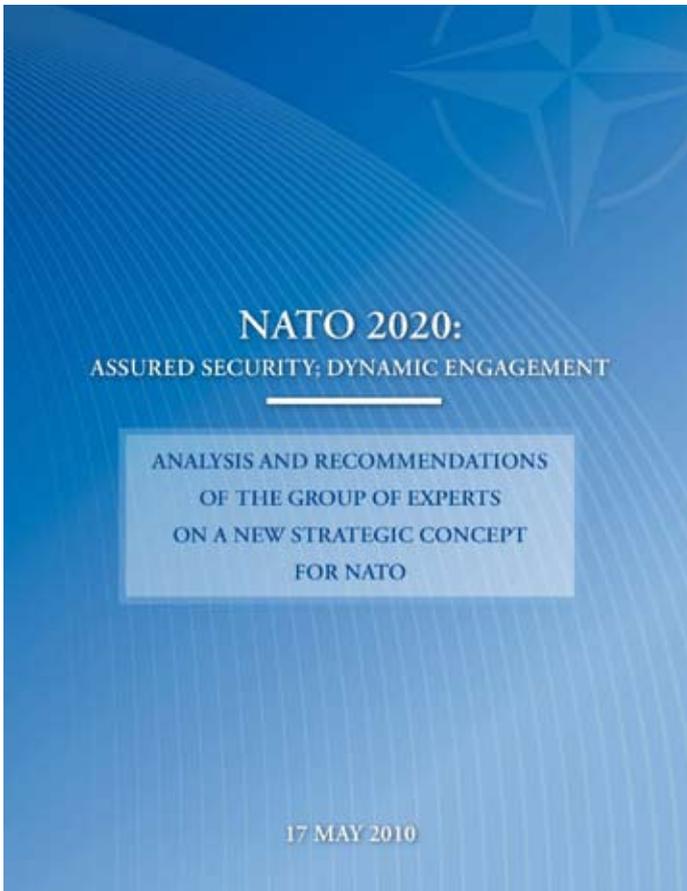


Der neue Imperialismus der westlichen Welt ist wandlungsfähig und flexibel. In der nächsten Dekade wird er voraussichtlich friedlicher erscheinen als in den elf Jahren zwischen 1999 und 2010. Mit dem neuen strategischen Konzept der NATO „Active Engagement, Modern Defence“<sup>41</sup>, das die Staats- und Regierungschefs beim Gipfeltreffen am 19. und 20. November 2010 in Lissabon beschlossen haben, tritt „die erfolgreichste politisch-militärische Allianz des Planeten“<sup>42</sup> nach außen zwar „weniger kraftstrotzend und mit gedämpfter Rhetorik auf“<sup>43</sup>. An ihrer Grundmatrix ändert sich jedoch nichts.

Der bislang immer noch mächtigste Akteur der „Politik unter Einbeziehung anderer Mittel“<sup>44</sup> will vor allem durch kollektive Verteidigung, Krisenmanagement und kooperative Sicherheit den neuen und alten Bedrohungen und Gefahren begegnen. Hinter diesen, verglichen mit der Bush-Ära zurückhaltenden, aber für europäische Sicherheitsdiskurse gewöhnlichen Sprachformeln verbirgt sich die Feinjustierung des Bekannten. Angriffskriege gegen andere Staaten und nicht-staatliche Akteure sowie Besatzungen fremden Territoriums – im ungünstigsten Fall auch im Alleingang – gehören auch in Zukunft zum Repertoire des „herausragendsten Sicherheitsbündnisses der Welt“<sup>45</sup>. Aber sie werden als Mittel zur Durchsetzung imperialistischer Interessen wieder ins zweite Glied zurücktreten. „Auch wenn die Anwendung von Gewalt manchmal notwendig ist, werden wir alle anderen Optionen ausreizen, bevor wir in den Krieg ziehen, und sorgfältig die Kosten und Risiken von Aktivität und Passivität abwägen“<sup>46</sup>, schreibt die US-Regierung in ihrer Nationalen Sicherheitsstrategie von 2010. Den Platz offener Interventionen sollen Instrumente einnehmen, die nach außen weniger militärisch und kriegerisch erscheinen, dies aber keineswegs sind. Die NATO-Einsätze werden EU-Missionen ähneln: kleine, multilaterale Einheiten aus Soldaten und Polizisten bilden ihresgleichen in „befreundeten“ Staaten aus, die Kriege stellvertretend für die westliche Welt führen. Die NATO beabsichtigt also, „Krisen vorzubeugen, Konflikte zu pazifizieren und Situationen nach Konflikten zu stabilisieren“<sup>47</sup>.

Die NATO-Mitglieder zollen mit dieser Rückkehr zum multilateralen Krisenmanagement ihren Erfahrungen und Entwicklungen der vergangenen Jahre Tribut: Dazu zählen nicht nur der bislang immer noch nicht gewonnene Afghanistankrieg, die NATO-internen Streitigkeiten zwischen der EU und den USA sowie die hohen finanziellen Ausgaben, sondern auch der „Wandel in unserer globalen internationalen Ordnung zu einer stärkeren Kooperation traditionell starker Ökonomien und aufstrebender Machtzentren“, der durch den Aufstieg der G20 zum „führenden internationalen ökonomischen Forum“<sup>48</sup> verkörpert wird. US-Strategen nehmen, anders als gemeinhin vielleicht angenommen wird, außerdem wieder vermehrt zur Kenntnis, dass „Amerika nicht erfolgreich war, indem es die Strömungen der internationalen Kooperation verlässt“, und dass es „anerkennen muss, dass keine Nation – wie mächtig sie auch sein mag – die globalen Gefahren alleine bewältigen kann“<sup>49</sup>. Diese Auffassung, die vornehmlich von den US-Demokraten vertreten wird, ergänzen europäische Vordenker des renommierten „European Union Institute for Security Studies“, die einen „Mangel an öffentlichem Rückhalt für alles feststellen, das wie eine ‚westliche‘ Militärintervention wahrgenommen wird“<sup>50</sup>.

Um diesen hausgemachten Problemen und den „Sicherheitsherausforderungen des 21. Jahrhunderts“<sup>41</sup> wie Angriffen im Cyberspace, ballistischen Raketen aus „Schurkenstaaten“ (Iran, Nordkorea), den Folgen des Klimawandels und dem internationalen Terrorismus gerecht zu werden, hat die NATO ihr neues strategisches Konzept für die kommenden zehn Jahre entwickelt. Damit erneuert sich das westliche Militärbündnis jedoch nicht als „NATO 3.0“<sup>42</sup> gegenüber der Allianz im Kalten Krieg (1.0) und der NATO zwischen 1990 und 2010 (2.0), wie der Generalsekretär des Bündnisses, Anders Fogh Rasmussen, mit seinem der modernen Reklamesprache entlehnten Terminus suggeriert. Die NATO hat lediglich eine Inventur ihrer taktischen Mittel vorgenommen und sie einer neuen globalen Konstellation angepasst.



## 1. Ein Blick zurück: zwei NATO-Konzepte, elf Jahre Krieg

Am 24. April 1999 – pünktlich zum 50. Jahrestag ihrer Gründung – vollzog die NATO offiziell den historisch tiefsten Einschnitt in ihrer strategischen Ausrichtung. Nach Jahren organisationsinterner Diskussionen über den Fortbestand des Bündnisses und seiner möglichen Form verabschiedeten die Staats- und Regierungschefs ein neues strategisches Konzept. Darin bestimmte die NATO die grundsätzlichen Bedrohungen und Gefahren für die Sicherheit ihrer Mitgliedsstaaten, die Mittel und Wege, ihnen zu begegnen, sowie ihre eigene organisatorische Struktur. Der Verabschiedung waren bereits Anfang der 1990er Jahre formale Vereinbarungen zwischen den NATO-Mitgliedern zu verschiedenen Punkten, unter anderem zu Einsätzen außerhalb des Territoriums der Mitgliedstaaten („out-of-area-Einsätze“), vorausgegangen, die sich schließlich auch im Strategiekonzept von 1999 wiederfanden.

Noch deutlich vor dem 11. September 2001 definierte sich die NATO infolge einer zum „Kalten Krieg“ veränderten „Bedrohungslage“ – der Warschauer Pakt entfiel als Antipode – als multilaterales partnerschaftliches sowie globales Sicherheits- und Verteidigungsbündnis neu. Die zentrale Gefahr für die Sicherheit der Bündnismitglieder bilden seitdem – bis heute – die Proliferation von Massenvernichtungswaffen, Ressourcenunsicherheit, regionale Konflikte und die Zunahme des internationalen Terrorismus.

Zentrale Elemente der Neuausrichtung waren darüber hinaus die Erweiterung der NATO zu einem weltweit auch präventiv operierenden Interventionsbündnis, das nicht notwendig nur zur Verteidigung des eigenen Territoriums agiert, Einsätze ohne UNO-Mandat durchführen kann und sich weiter die nukleare Erstschlagoption offen hält. Auch die militärische Struktur ist entsprechend der neuen Einsatzbedingungen angepasst worden: kleine in Raum und Zeit flexiblere Spezialeinheiten – wie z.B. das deutsche Kommando Spezialkräfte (KSK) –, die im multilateralen Verbund kämpfen, ersetzen die auf Masse angelegten nationalen Verteidigungsarmeen.

Parallel zur Veröffentlichung ihrer damaligen Strategie beim NATO-Gipfel in Washington stellte das Kriegsbündnis bereits unter Beweis, wie sie zukünftig ihre Interessen zu verfolgen gedachte: der Krieg gegen das damalige Jugoslawien („Kosovokrieg“) befand sich auf seinem Höhepunkt.

Für die Zeit zwischen den Beschlüssen der beiden letzten NATO-Strategien 1999 und 2010 war rückblickend vor allem der „Krieg gegen den internationalen Terrorismus“ unter Führung der neokonservativen US-Regierung – im Anschluss an die Anschläge vom 11. September 2001 – entscheidend, inklusive der US-Intervention im Irak, die die Bereitschaft der USA zum militärischen Alleingang manifestierte. Dazu kommen die militärischen Sicherungsmaßnahmen von Handelswegen, wie z.B. am Horn von Afrika im Golf von Aden vor der somalischen Küste. An den verschiedenen Antipiraterieeinsätzen beteiligen sich nicht nur China, Indien, Russland und andere, sondern auch die NATO (Operation Allied Provider/Ocean Shield) und die EU, an deren Operation ATALANTA die Bundesrepublik Deutschland derzeit teilnimmt.

Zudem wurde der Kriegseinsatz in Afghanistan, „*der größte, den die Allianz jemals in Angriff genommen hat*“<sup>43</sup>, und dessen de facto-Ausweitung auf Pakistan infolge des erstmalig ausgerufenen „Bündnisfalls“<sup>44</sup> zum „*Lackmustest (...) für ein handlungsfähiges Bündnis*“<sup>45</sup>. Daran hat sich bis heute nichts Wesentliches geändert, auch wenn die NATO-Strategen den Afghanistankrieg im neuen Strategiepapier von 2010 bewusst kaum erwähnen.

Parallel zu den Einsätzen der NATO, die immer noch in der Regel von den USA dominiert werden, hat sich auch der zweite große Pfeiler innerhalb des Bündnisses, die EU, militärisch weiterentwickelt. Insbesondere mit der rapiden Zunahme der Missionen und Operationen der EU im vergangenen Jahrzehnt und der Verabschiedung des am 1. Dezember 2009 in Kraft getretenen EU-Vertrags von Lissabon hat die EU ihre militärische Komponente trotz aller Rückschläge, Uneinigkeit und offener Fragen deutlich ausgebaut.<sup>16</sup> Die EU hat seit 2003 – je nach Zählung – etwa 24 Einsätze im Rahmen der sogenannten Gemeinsamen Sicherheits- und Verteidigungspolitik durchgeführt.<sup>17</sup> Dabei ist nicht nur die Zahl der Missionen relevant, sondern auch ihr Charakter. Anders als die Angriffskriege der NATO gegen Jugoslawien oder die „Koalition der Willigen“ gegen den Irak, die in offener Missachtung des internationalen Rechts und der Positionen anderer imperialistischer Staaten unter dem unilateralen Kommando der USA geführt wurden, bevorzugt die EU – wenn möglich – multilaterale Operationen in Abstimmung mit anderen machtpolitisch relevanten Akteuren. Die moderne expansive Außenpolitik der EU erscheint daher weniger von machtpolitischen oder ökonomischen Interessen geleitet – was freilich ein Trugschluss ist. Dieser Unterschied spielt eine nicht unerhebliche Rolle für die derzeitige Neuausrichtung der NATO für das kommende Jahrzehnt.

Rückblickend ist das vergangene Jahrzehnt auch geprägt gewesen von den vielleicht größten Zerwürfnissen zwischen den NATO-Mitgliedern aufgrund der oberflächlich unterschiedlichen Positionen zum Irakkrieg, den Deutschland und Frankreich zwar ablehnten, ohne jedoch den USA und ihren Verbündeten gewisse Formen der Unterstützung zu untersagen – ganz zu schweigen von der nachträglichen Reintegration beider Staaten in den Irakkrieg und die Besetzung des Zweistromlandes. Der bisweilen öffentlich ausgetragene Konflikt zwischen den USA und den Kernstaaten der EU innerhalb der NATO verdeutlichte nichtsdestotrotz ihre z.T. konträren Interessen. Die gewachsene Anzahl der Mitglieder von 19 auf 28 im Zuge der NATO-Osterweiterung vervielfachte die Probleme gemeinsamer Ziel- und Interessenbestimmungen im Bündnis zudem erheblich.

Begleitet wurde die Renaissance westlicher Kriegs- und Militäreinsätze in der letzten Dekade zudem von der schwersten weiterhin

anhaltenden Weltwirtschaftskrise seit 1929 und der globalen Verschiebung politisch-ökonomischer Macht- und Ausbeutungsverhältnisse.

Welchen Rang die Ökonomie in den sicherheits- und verteidigungspolitischen Erwägungen einnimmt, veranschaulicht die neue Nationale Sicherheitsstrategie der USA, die die Obama-Administration im Mai 2010 veröffentlicht hat. Dort heißt es: „*Im Zentrum unserer Anstrengung steht die Verpflichtung, unsere Ökonomie zu erneuern.*“<sup>48</sup> Die herrschende Klasse der Vereinigten Staaten ist sich offensichtlich darüber bewusst, dass ihre globale Vormachtstellung von der Erholung der US-Ökonomie abhängig ist. Dazu zählt auch, dass die enorme Staatsverschuldung, die unter anderem durch die gigantomanische Kriegsmaschinerie verursacht wurde, verringert wird. Gelingt dies nicht, wird sich der relative ökonomische Niedergang der USA auch auf die „*militärische Überlegenheit*“<sup>49</sup> – dem letzten globalen Alleinstellungsmerkmal der USA – schneller auswirken, als bislang angenommen wird.

Der gegenwärtige relative ökonomische Aufstieg der sogenannten BRIC-Staaten (Brasilien, Russland, Indien und China) geht mit dem Ausbau militärischer Potenziale und strategischen Neuorientierungen einher<sup>20</sup>, die ihre nationalen Grenzen überschreiten. Dies erhöht den Druck auf die USA und die EU, trotz zum Teil erheblicher Differenzen wieder aufeinander zuzugehen<sup>21</sup>, vorausgesetzt die EU hat ein weiteres Interesse an der westlichen Vorherrschaft auf dem Globus und setzt nicht auf die Möglichkeit, als selbstständiger Pol in einer multipolaren Weltordnung erfolgreicher agieren zu können.

Angesichts der sich weltweit zuspitzenden Konkurrenz zwischen den verschiedenen nationalen Ökonomien wächst die Bedeutung von Absatzmärkten sowie des Zugriffs auf verfügbare Ressourcen und des Schutzes anfälliger Infrastruktur oder der Kontrolle von Transportwegen gravierend. Ebenso wird sozialer Protest und Abweichung von den politischen Vorgaben des Westens – welche Form sie auch annimmt – zunehmend als Bedrohung betrachtet. Alle diese Entwicklungen haben in unterschiedlicher Form Eingang in das neue Strategiekonzept der NATO gefunden.

## 2. Der Weg zur neuen NATO-Strategie

Das neue strategische Konzept tritt an die Stelle des elf Jahre alten Vorgängerpapiers. Angela Merkel schlug die Novellierung des Strategiepapiers von 1999 bei der Münchener Sicherheitskonferenz 2006 vor. Beim NATO-Gipfel zum 60-jährigen Bestehen in Straßburg und Kehl 2009 beauftragten schließlich die Mitgliedsstaaten den Generalsekretär der Allianz, Anders Fogh Rasmussen, in Zusammenarbeit mit einer Expertengruppe und dem höchsten Gremium des Militärbündnisses, dem Nordatlantikat, einen Vorschlag für ein neues Strategiekonzept zu entwickeln. Fogh Rasmussen war, anders als zu früheren Zeiten, als die NATO-Strategie Verschlussache und das Ergebnis interner Beratungen war, mutmaßlich darauf bedacht, einen möglichst transparenten Diskussionsprozess über die Neuausrichtung der NATO zu führen.

Der Entwurf für ein neues Strategiepapier wurde daher in einem Zwei-Phasenmodell entwickelt. Es begann mit vier Seminaren und zwei zusätzlichen Sitzungen der Expertenkommission, in denen die letzten elf Jahre der NATO-Geschichte erst reflektiert

und anschließend Empfehlungen für den NATO-Generalsekretär zusammengetragen wurden. Der ersten sogenannten Reflexionsphase, in der die meisten Regierungen der NATO erstmals auch sogenannte non-paper verfassten, in denen sie ihre Prioritäten für ein Strategiekonzept festhielten, folgte die Konsultationsphase, in der das Expertenteam mit den Regierungen der NATO-Mitgliedsstaaten und anderen entscheidenden Gremien der NATO in direkte Gespräche eintrat.

Die Expertise lieferte eine Reihe altgedienter Kriegsstrategen, die vom NATO-Generalsekretär ernannt wurden und sich sowohl



*Ehemalige Außenministerien der USA: Madelein Albright, Foto: Wikipedia cc.*

mit ihm, zahlreichen Militärs als auch in eigenständigen Sitzungsrunden regelmäßig berieten und Vorschläge entwickelten. Das 10köpfige Expertenteam wurde von Madeleine Albright geleitet, die von 1997-2001 US-Außenministerin und in der zweiten Clinton-Administration maßgeblich mit verantwortlich für den Raketenbeschuss des Irak und den Angriffskrieg gegen Jugoslawien war. Heute ist sie hauptberuflich Politikberaterin. Ihr Stellvertreter war der Niederländer Jeroen van der Vaarts. Er ist Unternehmensmanager und von 1995 bis Juni 2009 Chef des Konzerns Royal Dutch Shell gewesen. Neben den NATO-Abgesandten Deutschlands, Griechenlands, Spaniens, Kanadas, Italiens und der Türkei gehörten dem Gremium noch zwei weitere Experten aus Polen und Frankreich an – allesamt können sie auf diplomatische respektive wissenschaftliche Karrieren verweisen und gelten als ausgewiesene Kenner der transatlantischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik.

Am 17. Mai 2010 präsentierte die Kommission im Brüsseler Hauptquartier dem NATO-Generalsekretär und dem Nordatlantikat ihren Bericht und übergab die weitere Ausarbeitung der neuen Strategie dem Generalsekretär des Bündnisses.

### 2.1 Auf halbem Weg: der Expertenbericht „NATO 2020“

Die Marschrichtung des Kommissionsberichts „*NATO 2020: Assured Security; Dynamic Engagement*“ ist klar: „*Die Allianz benötigt ein neues Strategiekonzept, aber es bedarf keines fundamentalen Umbaus.*“<sup>22</sup> „*Mit einem neuen strategischen Konzept muss die Dringlichkeit einer weiteren Transformation anerkannt und den Gründungsidealen, die die Allianz zusammenschweißen, die Treue gehalten werden.*“<sup>23</sup> Die neue NATO-Strategie sollte also ein Mix aus Kontinuitäten und Reformen werden.

Der vom Expertenteam vorgeschlagene neue Ansatz „*Assured Security; Dynamic Engagement*“ trug den oben genannten ökonomischen, politischen, militärischen und NATO-internen Entwicklungen Rechnung, indem seine Autoren einige politische und militärische Neubestimmungen vornahmen. Der Entwurf richtete sich parallel nach innen an die Bedürfnisse der Mitglieder sowie Erfordernisse der NATO und nach außen gegen die neuen und alten Bedrohungen für die NATO. Die Vorsitzende der Expertenkommission, Madeleine Albright, formulierte diesen „*doppelten Imperativ*“ wie folgt: „*Die Kombination aus garantierter Sicherheit [‘assured security’; C.S.] daheim und dynamischer Intervention [‘dynamic engagement’; C.S.] im Ausland werden die Prüfsteine in den kommenden Dekaden sein.*“<sup>24</sup>

„*Assured Security*“ bedeutet vor allem, dass die Sicherheit der Mitgliedsstaaten sowohl an ihren Grenzen als auch im Inneren



NATO-Generalsekretär Fogh Rasmussen bei der Präsentation des Berichts im November 2010, Foto: nato.int.

gewährleistet werden soll. Das klingt nicht neu. Angesichts des vor über zehn Jahren erhobenen Anspruchs, die eigenen Interessen weltweit zu jeder Zeit notfalls mit militärischen Mitteln und ohne Zustimmung der Vereinten Nationen zu „verteidigen“, ruderten die Experten aber ein wenig zurück. *„Die NATO ist eine regionale, keine globale Organisation“*, heißt es gleich an mehreren Stellen ihres Berichts. Allerdings sind Albright und die anderen Experten keineswegs der Meinung, dass die NATO nicht mehr global agieren oder gar ihre Kriege beenden sollte. Sie rieten ihr lediglich, aus dem internationalen Rampenlicht zurücktreten, ihre Politik zu verlagern und mit ihren Ressourcen anders hauszuhalten. Ihre Bedeutung würde dadurch nicht gemindert. Denn *„die NATO ist heute aktiver als jemals zuvor“*<sup>25</sup>.

Auch wenn die NATO-Strategen es vermieden haben, an prominenter Stelle den Einsatz von Militär im Inneren zu fordern, plädierten sie dafür, *„adäquate militärische Fähigkeiten“*<sup>26</sup> für die Prävention, Bekämpfung und Verfolgung neuer Gefahren und potenzieller Täter auf dem eigenen Territorium einzurichten.

Der vielleicht weitreichendste Vorschlag im Entwurf für eine neue NATO-Strategie ist jedoch, eine neue *„Definition der Sicherheit, ihrer Konzeption, was einen Angriff nach Artikel 5 konstituiert“*.<sup>27</sup> Die NATO sollte also nicht nur konventionelle militärische Angriffe als Angriffe gegen alle werten, die den sogenannten Bündnisfall nach Artikel 5 auslösen können, sondern auch unkonventionelle, zu denen sie unter anderem demografische Veränderungen, die Folgen des Klimawandels und der Finanzkrise zählten. Im Falle Afghanistans folgt die NATO in der Praxis bereits einer solchen Neudefinition. Eine Ausweitung von Artikel 5 des Nordatlantikvertrags hätte der NATO aber ungeahnte politische und militärische Spielräume verschafft.

Die von den Experten vorgeschlagene neue Marschroute für die Politik nach Außen basiert vor allem auf einer multilateralen Taktik. Anders als die unilaterale Vorgehensweise der Bush-Administration können sich offensichtlich die aktuelle US-Regierung und die führenden EU-Mächte auf eine vielfältige, mit anderen zivilen und militärischen Akteuren interagierende Sicherheitspolitik auf verschiedenen Ebenen einigen. Terminologisch fasst die Expertenkommission diese Neuausrichtung mit dem Begriff *„Dynamic Engagement“*<sup>28</sup>.

Die NATO wäre folglich *„ein Teil eines vielfältigen Netzwerks von Sicherheitsversorgern“*<sup>29</sup>, aber eben nicht der Einzige. In der Zukunft sollte sich die NATO, folgt man dem Expertenbericht, auf eine *„neue Ära der Partnerschaften“* konzentrieren. Diese *„zweite Generation der Partnerschaften“*<sup>30</sup> ist nicht vor allem auf Mitgliederzuwachs aus. Neben einer *„Politik der graduellen Vergrößerung“*, die vor allem für Georgien und die Ukraine gelte, sollten verschiedene Staaten stärker an die NATO gebunden und in ihre Politik mit einbezogen werden, ohne sie dabei gleich in das Bündnis aufzunehmen. Explizit wurden Südkorea, Japan, Australien, Pakistan und Neuseeland genannt. Gegenüber Russland sollte darüber hinaus ein stärkeres Engagement entwickelt werden, auch wenn die Beziehungen nicht problemfrei waren und sein würden. Das Angebot einer Partnerschaft wird zudem internationalen Organisationen sowie Gruppen der Zivilgesellschaft gemacht. Den Beziehungen zu China und dessen Entwicklung zur globalen Macht wird hingegen im Strategiepapierentwurf auffällig wenig Platz eingeräumt.

Hinsichtlich Zentralasiens stuften Albright und ihre Kollegen den Krieg in Afghanistan und dessen Ausbreitung nach Pakistan als größte Bedrohung ein. Dennoch seien die Erfahrungen des Kriegs in Afghanistan *„eine sprudelnde Quelle an Lektionen, aus denen man lernen musste“*<sup>31</sup>. Wiederholt hatten auch externe Kommentatoren auf die internen Probleme in der Kriegsführung, wie die unzureichende Einbindung ziviler Organisationen, die „Kollateralschäden“ usw. sowie auf die schlechte Kommunikation – sprich Propaganda – der NATO verwiesen.<sup>32</sup>

Als zentrale globale Gefahr stufte die Expertenkommission den Iran ein. Auch wenn es für das Bündnis kaum Anlass für weitere militärische Einsätze im nächsten Jahrzehnt gäbe: Der Iran wäre die mögliche Ausnahme. Er sei die größte Bedrohung für die kollektive Sicherheit der NATO.

Der Iran erfülle neben dem bislang weiterhin unbewiesenen Besitz an Massenvernichtungswaffen darüber hinaus noch zwei weitere Bedrohungskriterien der NATO. Erstens stellten laut Expertenbericht seine Waffenprogramme eine Gefahr für maritime Handelswege dar und zweitens behindere er den sicheren Zugang zu Energiereserven. Ein Angriff mit ballistischen Waffen, ob sie nun nuklear bestückt sind oder nicht, sei noch vor terroristischen Gruppen und Cyberangriffen verschiedener Intensität die größte Gefahr

für die NATO. Außerdem dürfte man dem Iran den Sündenfall nicht erlauben, weil ihm der berühmte Dominoeffekt auf dem Fuße folge: *„Eine Nation, die globale Normen umgeht und ungeschoren davon kommt, schafft einen Präzedenzfall, dem andere möglicherweise folgen.“*<sup>43</sup>

Mit ihrer Gefahreinschätzung hielten Madeleine Albright und die anderen Experten die Handlungsoptionen für die NATO bewusst sehr offen. Neben der Proliferation von Atom- und anderen Massenvernichtungswaffen (Iran), den Ambitionen internationaler Terrorgruppen (Afghanistan, Pakistan), ethnischer, nationaler und religiöser Konflikte (Sudan, Kongo, Somalia) führten sie die zunehmende Anfälligkeit der globalen Informationssysteme, den Wettkampf um strategisch wichtige Ressourcen wie Öl, demografische Veränderungen und sich akkumulierende Folgen von Klimawandel und Finanzkrise als Sicherheitsrisiken der NATO an.

Die Vorsitzende der Kommission fasste den Expertenbericht bei der Pressekonferenz anlässlich seiner Publikation in zwei zentralen Schlussfolgerungen zusammen: *„Erstens hat die Allianz die ungebrochene Pflicht, die Sicherheit ihrer Mitglieder zu garantieren. Zweitens kann sie dieses Ziel nur erreichen, wenn sie in andere Staaten eingreift, die sich außerhalb ihrer Grenzen befinden, und sich in Organisationen einmisch.“*<sup>44</sup> Was sich hinter solchen Statements verbirgt, hat Madeleine Albright's ehemaliger Berater Thomas Friedman einmal selbst unverblümt gesagt: *„Die unsichtbare Hand des Marktes kann ohne eine unsichtbare Faust nicht arbeiten. McDonald's kann nicht gedeihen ohne McDonnell Douglas, die für die US Air Force die F-15 bauen. Die unsichtbare Faust, die dafür sorgt, dass die Technologie des Silicon Valley blüht, besteht aus dem Heer, der Luftwaffe, der Marine und der Marineinfanterie der Vereinigten Staaten.“*<sup>45</sup>

Den beiden ersten Phasen (reflection and consultation phase) folgte ab Juni 2010 schließlich die dritte Etappe auf dem Weg zu einer neuen NATO-Strategie: die drafting and final negotiation phase. Der NATO-Generalsekretär Rasmussen und sein engster Stab nahmen nun das Heft selbst in die Hand und entwickelten auf der Basis des Expertenberichts bis Mitte Oktober 2010 einen endgültigen Entwurf, der als Grundlage der weiteren Verhandlungen mit den NATO-Staaten diente.<sup>46</sup> Bis zum Gipfeltreffen in Lissabon im November wurde dann das Abschlussdokument diskutiert und z.T. um jede Nuance hartnäckig zwischen den Staaten gekämpft. Die Medien dokumentierten das Tauziehen ausgiebig, z.B. über die Frage der Abrüstung atomarer Waffen und der Erstschlagoption, sodass einige der zentralen Probleme und die Tendenzen des Papiers bereits vor dessen Publikation weitestgehend bekannt waren. Dennoch hielt die NATO das Papier streng geheim, was zur Folge hatte, dass es z.B. in Deutschland lediglich die Obleute der zuständigen Bundestagsausschüsse zu Gesicht bekamen, aber nicht darüber öffentlich sprechen durften. Eine öffentliche Diskussion, die nicht von der NATO gelenkt werden kann, wollten die Spitzenvertreter des Bündnisses offensichtlich auch nicht.

### 3. Der NATO-Gipfel und das neue strategische Konzept

Am 18. und 19. November 2010 kamen die Staats- und Regierungschefs der NATO-Mitglieder in Lissabon zusammen. Am ersten Tag verabschiedeten sie das neue Strategiekonzept *„Active Engagement, Modern Defence“*. Am Folgetag berieten sie gemeinsam mit dem russischen Präsidenten Dmitri Medwedew im NATO-Russland-Rat über die Kooperation zwischen dem Militärbündnis und Russland. Und in einer Extrasitzung trafen sich Obama, Cameron, Merkel und die anderen außerdem mit dem afghanischen Präsidenten Hamid Karzai, um das weitere Vorgehen in Afghanistan zu beraten.

Das Ergebnis der über einjährigen Diskussionen und Verhandlungen über das neue Strategiekonzept der NATO, die entgegen den

Ankündigungen doch überwiegend hinter verschlossenen Türen mit Militärs, NATO-Partnern und unter den Mitgliedsstaaten stattfanden, ist ein Kompromisspapier. Ihm ist die wachsende Stärke und der zunehmende Einfluss der europäischen Führungsmächte Deutschland und Frankreich ebenso anzumerken wie die gegenüber der Vorgängerregierung neue Linie der Obama-Administration.

In vielerlei Hinsicht fällt das elfseitige Papier, mit dem die NATO laut eigenem Bekunden den *„neuen Gefahren und Herausforderungen“*<sup>47</sup> des 21. Jahrhunderts gerecht werden will, allerdings deutlich hinter den Bericht der Albright-Kommission zurück. Alle klaren Formulierungen, Verpflichtungen und Ziele sind offensichtlich den diplomatischen Verhandlungen zum Opfer gefallen. Die *„Financial Times Deutschland“* betitelte dementsprechend in Anlehnung an die niederländische Zeitung *„De Volkskrant“* ihre Presseschau zum NATO-Gipfel passend: *„Die Nato wurstelt herum.“*<sup>48</sup>

Weder ist der Kern des Nordatlantikvertrags – Artikel 5 – so stark ausgeweitet worden, wie Madeleine Albright und ihre Kollegen es forderten, noch beabsichtigt die NATO einen Einsatz im Inneren – zumindest nicht öffentlich. Auch der Iran wird nicht als konkretes Angriffsziel genannt – ein Verdienst, das die türkische Regierung für sich reklamiert<sup>49</sup>, aber nichts daran ändert, dass die klare Mehrheit des Bündnisses im Iran die größte Bedrohung der NATO in der kommenden Dekade sieht.

In das Strategiekonzept sind stattdessen zur Befriedung der gegensätzlichen Positionen im Bündnis einige z.T. widersprüchliche Aussagen zu verschiedenen Punkten, wie z.B. Abrüstung oder dem Besitz und der Anwendung von Atomwaffen, aufgenommen worden. Das Papier der *„Sowohl-Als-Auch-NATO“*<sup>40</sup> enthält zwar weniger Säbelrasseln, strahlt aber nicht weniger Gefahr aus. Tobias Pflüger, einer der Organisatoren der Proteste gegen den NATO-Gipfel in Lissabon und langjähriger Friedensaktivist, sprach nach dem Ende des Gipfels nicht zufällig davon, die neue Strategie sei *„noch schlimmer als erwartet“*<sup>41</sup>.

#### 3.1 Die neue Bedrohungs- und Gefahrenanalyse

Die NATO-Strategen sehen gegenwärtig in einer *„unberechenbaren Welt“* *„ein breiteres und entwickelteres Set an Herausforderungen für das Territorium und die Bevölkerung der NATO“*<sup>42</sup>. Die Gefahr eines *„konventionellen Angriffs auf das Territorium der NATO ist gering. [...] Nichtsdestotrotz kann auch ein konventioneller Angriff als Gefahr nicht ignoriert werden.“*<sup>43</sup>

Die zentralen Bedrohungen für ihre Mitglieder seien aber ballistische Raketenangriffe, Atom- und anderen Massenvernichtungswaffen und ihre Verbreitung (Iran, Nordkorea), Terroristen (Pakistan, Afghanistan, Jemen), Extremisten und Organisierte Kriminalität (Somalia), gescheiterte Staaten oder Konflikte in diesen (Sudan, Kongo), sogenannte Cyberangriffe, Attacken gegen die globale Handels- und Produktionsinfrastruktur (Somalia, Iran) insbesondere des Energiesektors, die Entwicklung von Laser- und Raumfahrttechnologien, Umweltschäden und Ressourcenknappheiten sowie Gesundheitsrisiken, der Klimawandel und die zunehmende Wasserknappheit.

Neu an dieser Gefahrenbestimmung sind die Reihenfolge, in der die Gefahren aufgelistet werden, sowie die ausdrückliche Erwähnung von „Extremisten“ – ein Terminus, der in der Regel zur inhaltlichen Erweiterung des Terrorismusbegriffs auf alle möglichen Gruppierungen genutzt wird –, des Klimawandels, der Wasserknappheit und der Cyberangriffe.

Über die sogenannten Cyberattacks ist im Vorfeld des Gipfels bereits viel geschrieben worden. Der Anlass, um sie in den Rang einer strategischen Bedrohung zu heben, ist die gezielte Blockade von zahlreichen Internetseiten estnischer Regierungsbehörden, Zeitungen, Banken, Parteien, Handynetzbetreibern und anderen

Unternehmen im Jahr 2007. Ähnlich wie jüngst Unterstützer des Presseportals wikileaks die Websites der Unternehmen Mastercard und VISA lahm legten, wurden die entsprechenden estnischen Seiten damals koordiniert und zeitgleich so oft aufgerufen, dass die Server unter der Last der Anfragen über einen Zeitraum von drei Wochen zusammenbrachen und nicht mehr zu benutzen waren.<sup>44</sup> Die estländische Regierung machte Russland für die Vorfälle verantwortlich. Die NATO übernahm diese Position jedoch zumindest nicht in der Öffentlichkeit.

Dass die NATO Störungen der globalen Handels- und Produktionsinfrastruktur sowie die Folgen des Klimawandels und der Wasserknappheit als Sicherheitsbedrohung kaum medial kommuniziert



Eine Abfangrakete des Abwehrsystems wird im Silo versenkt, Bild: Missile Defense Agency

hat, obwohl ihnen im Dokument eine vergleichsweise hohe Bedeutung beigemessen wird, sollte nicht überraschen. Auch wenn Bundesverteidigungsminister zu Guttenberg seit einigen Wochen eine offensive Pressekampagne führt, um seine Position, ökonomische Interessen mit militärischer Gewalt durchzusetzen, als politische Selbstverständlichkeit zu etablieren, ist die Öffentlichkeit für offene Worte weniger empfänglich, wie sie z.B. auch im NATO-Strategiepapier zu finden sind: „*Alle Staaten sind zunehmend auf funktionsfähige Kommunikationssysteme, Transport- und Transitrouten angewiesen, an die der internationale Handel, die Energieversorgung und der Wohlstand gebunden sind. Stärkere internationale Bemühungen sind erforderlich, um sie gegen Angriffe oder Unterbrechungen zu schützen. Einige NATO-Mitglieder werden in Zukunft noch abhängiger von ausländischen Energiezufuhren und -verteilungssystemen, um ihren Bedarf zu decken. Umso größer der Anteil an der globalen Konsumtion wird, der über die Welt transportiert werden muss, desto anfälliger ist die Energieversorgung für Störungen.*“<sup>45</sup> Und desto mehr müssen Militärs dafür sorgen, dass diese Störungen ausbleiben.

Auch in jüngst veröffentlichten nationalen Strategiekonzepten, wie z.B. der „*Rohstoffstrategie der Bundesregierung*“<sup>46</sup>, wird vermehrt die Sicherheit der ökonomischen Produktion und der Energieversorgung unverhohlen ins Zentrum sicherheitspolitischer Planungen gestellt. In ihrer Nationalen Sicherheitsstrategie vertritt auch die US-Administration z.B. folgendes: „*Solange wir von fossilen Energieträgern abhängig sind, müssen wir die Sicherheit und den freien Fluss der globalen Energieressourcen sicherstellen.*“<sup>47</sup>

Insgesamt haben sich die NATO-Staaten damit begnügt, die Gefahrenbestimmung, die sich aus der Praxis der letzten elf Jahre ergeben hat, auf Papier festzuhalten. Der Kampf gegen Cyberattacken bekommt durch die aktuellen Enthüllungen des Medienportals wikileaks bislang ungeahnte und verhältnismäßig viel Aufmerksamkeit.

Zumindest wenn man dem Text des strategischen Konzepts folgt, will die NATO den beschriebenen Gefahren vor allem durch kollektive „Verteidigung“, Krisenmanagement und kooperative Sicherheit begegnen. Zur kollektiven „Verteidigung“ zählt sie die gemeinsame Verteidigung gegen einen Angriff auf einen der Mitgliedsstaaten sowie die Abschreckung, vornehmlich durch Nuklearwaffen. Unter Krisenmanagement firmiert die gesamte Bandbreite von zivilen und militärischen Maßnahmen zur Prävention und Bewältigung von Konflikten von der Polizeiausbildung und Entwicklungshilfe bis zur Militärintervention. Die kooperative Sicherheit besteht schließlich aus einem Engagement für Abrüstung, neuen und vielfältigen Partnerschaften sowie der Neuaufnahme von NATO-Mitgliedern.

## 3.2 Kollektive „Verteidigung“

### 3.2.1 Artikel 5: Zurück zum Ursprung?

Das „*erfolgreichste Bündnis der Menschheitsgeschichte*“ (Obama) hält sich alle Optionen offen – das gilt grundsätzlich für das gesamte NATO-Strategiepapier. Trotz aller zurückhaltenden Aussagen zu „out-of-area“-Einsätzen und der mantrahaften Bestärkung des Artikel 5 des Nordatlantikvertrags – „*die größte Verantwortung der Allianz ist, unser Territorium und unsere Bevölkerungen gegen einen Artikel-5-Angriff zu schützen*“<sup>48</sup> –, bleibt die NATO eine global agierende Militärallianz. Die „Verteidigung“ der NATO endet nicht an den territorialen Grenzen ihrer Mitglieder, wie es die klassische Interpretation des „Bündnisfalls“ vorsah.

Führende Strategen des „European Union Institute for Security Studies“ fordern zwar, dass die „*NATO keine globale Allianz werden, sondern eine regionale bleiben sollte.*“<sup>49</sup> Und auch die Albright-Kommission schlug eine solche zumindest verbale Selbstbeschränkung vor. Dennoch sehen selbst die europäischen Vordenker die Not-

wendigkeit, dass es in Ausnahmesituationen „das Bedürfnis nach einem Engagement außerhalb des Einzugsgebiets“<sup>50</sup> der NATO gibt. Dementsprechend findet man neben der Reiteration des Artikel 5 folgende Klarstellung im neuen strategischen Konzept der NATO: *„Krisen und Konflikte außerhalb der NATO-Grenzen können eine direkte Bedrohung für die Sicherheit des Territoriums und der Bevölkerungen des Bündnisses darstellen. Die NATO wird deshalb, wo es möglich und notwendig ist, intervenieren, um Krisen vorzubeugen, beizulegen, Konfliktlösungen zu stabilisieren oder den Wiederaufbau zu unterstützen.“*<sup>51</sup>

Sogar der Teil des Strategiekonzepts, in dem Aussagen über die Reform und Transformation der organisatorischen Strukturen des Bündnisses getroffen werden, spricht für den Ausbau der Interventionsfähigkeit der NATO. Statt die Truppen zurückzuziehen, will sie *„die Einsatzfähigkeit ihrer Truppen und die Fähigkeit, Operationen im Feld aufrechtzuerhalten“*<sup>52</sup>, maximieren und ihre stärksten Interventionsverbände beibehalten.

Eine explizite Verbindung zwischen den „neuen“ Gefahren und Artikel 5 des Nordatlantikvertrages wird im strategischen Konzept zwar nicht vorgenommen, aber ebenso wenig ausgeschlossen. Damit wird – ob bewusst oder unbewusst – Raum für Interpretationen darüber gelassen, ob z.B. der Schutz von Transitwegen und unsicheren Energieinfrastrukturen in anderen Staaten auch mit Bezug auf die kollektive Verteidigung zu den Kernaufgaben der NATO zählt. De facto gibt es mit dem Einsatz am Horn von Afrika bereits Einsätze, die in diesem Geiste erfolgen – allerdings ohne sich dabei auf Artikel 5 zu berufen. Die begriffliche Unschärfe hat für die NATO jedenfalls den Vorteil, je nachdem wie sie ihre Interessen einschätzt, auch das Strategiepapier interpretieren zu können.

Folgt man den beiden tschechischen Sicherheitsforschern Ondřej Dítřich and Vít Strátecký vollzieht die NATO *„einen Wechsel in ihrem Verständnis von Sicherheit von der territorialen Verteidigung (...) zum Schutz von Territorium, vorrangig der zivilen Bevölkerung und der kritischen Infrastruktur, die innerhalb der Grenzen der Allianz verlaufen.“*<sup>53</sup> Dieser Wandel bedeutet, dass die NATO sowohl daheim als auch im Ausland präsent sein muss.

*„So ganz ist damit aber der Disput zwischen den Befürwortern einer globalen NATO und den Anhängern einer auf die eigene Sicherheit gerichteten Allianz nicht aufgelöst“*<sup>54</sup>, kommentiert Dr. Henning Riecke, Leiter der Abteilung für USA/Transatlantische Beziehungen des deutschen Think Tanks „Deutsche Gesellschaft für Auswärtige Politik“ den Lösungsansatz der NATO-Führungsebene.

In jedem Fall trägt aber der auf den ersten Blick defensiver erscheinende Charakter des neuen Strategiedokuments. Auslandseinsätze wird es auch in den nächsten Jahren geben. Bevor zu diesem Mittel gegriffen wird, sollen aber im stärkeren Maße andere Instrumente zur Geltung kommen.

### 3.2.2 Abschreckung durch Atomwaffen

Viele Medien und Politiker spendeten Beifall: Zum ersten Mal in der Geschichte bekennt sich die NATO, laut n24 auf Drängen der deutschen Bundesregierung<sup>55</sup>, zu dem Ziel, *„die Voraussetzungen für eine Welt ohne Atomwaffen“*<sup>56</sup> zu schaffen. Ein zweiter Blick auf den genauen Wortlaut der Absichtserklärung relativiert jedoch den Eindruck, die NATO strebe die Aufgabe ihres Nukleararsenals an. Das Gegenteil ist der Fall. Denn sie knüpft die Beseitigung der Atomwaffen an bestimmte Bedingungen.

Da diese für die NATO aber noch nicht gegeben sind und der Westen auch nahezu nichts unternimmt, um sie herzustellen, halten die NATO-Staats- und Regierungschefs weiter an Nuklearwaffen als primärem Mittel der Abschreckung fest: *„Solange Atomwaffen existieren, wird die NATO eine nuklear bewaffnete Allianz bleiben.“*<sup>57</sup> Auch wenn *„die Bedingungen, unter denen Atomwaffen eingesetzt*

*werden müssten, gegenwärtig nicht gegeben sind“*<sup>58</sup>. Dennoch ist die Abschreckung mit einem *„angemessenen Mix aus nuklearen und konventionellen Waffen“*<sup>59</sup> eines der Kernelemente der neuen NATO-Strategie.

Frankreich, England und die USA haben sich für diese Selbstversicherung besonders ein- und gegen deutsche „Abrüstungsforderungen“ durchgesetzt, die ebenfalls aus machtpolitischen Erwägungen vorgebracht wurden (s.u.). Vor allem Paris verwehrte sich gegen jede Einmischung in seine Atompolitik. Dies hat sogar soweit geführt, dass die jeweiligen nuklearen Waffenarsenale im Strategiekonzept ausdrücklich als Teile der gemeinsamen Sicherheit gewürdigt werden. *„Die größte Sicherheitsgarantie der Alliierten sind die strategischen Nuklearwaffen der Allianz, insbesondere die der USA; die unabhängigen strategischen Atomwaffen des Vereinten Königreichs und Frankreichs, die bereits für sich genommen Abschreckungspotenzial besitzen, tragen zur Abschreckung und zur Sicherheit der Verbündeten bei.“*<sup>60</sup> Für Nicolas Sarkozy ist diese Würdigung *„ein fundamentaler Punkt“*<sup>61</sup>, wie er bei seiner Pressekonferenz nach dem Gipfel erklärte.

US-Analysten wie Sally McNamara und Baker Spring von der „Heritage Foundation“ sprechen zudem offen aus, was vor allem die Vertreter der Bundesrepublik dezent verschweigen. Das neue strategische Konzept *„beinhaltet die fortgesetzte Präsenz der taktischen US Nuklearwaffen in Europa“*<sup>62</sup>.

Einige Formulierungen zum Umgang mit Atomwaffen fallen in ihrer Tragweite sogar hinter die Strategie von 1999 zurück und eröffnen damit Interpretationsspielräume, z.B. gegen wen die Atomwaffen sich in Zukunft richten<sup>63</sup>, von neuem. Völlig klar ist aber, dass die NATO sich keineswegs von Atomwaffen verabschiedet, sondern weiterhin auf sie setzt.

### 3.2.3 Das Raketenabwehrsystem

Die medial wohl bekannteste Innovation, die durch das strategische Konzept der NATO aus der Taufe gehoben wurde, ist das Raketenabwehrsystem. Die NATO wird *„die Fähigkeit entwickeln, ihre Bevölkerung und ihr Territorium gegen Angriffe mit ballistischen Raketen zu verteidigen. Dieses Kernelement unserer kollektiven Verteidigung ist ein Beitrag zur unteilbaren Sicherheit der Allianz.“*<sup>64</sup> Zumindest der Theorie nach sollen Raketenangriffe also dadurch abgewehrt werden, dass feindliche Flugkörper frühzeitig erkannt und dann mit eigenen Raketen abgeschossen werden. Was auf den ersten Blick als defensives System erscheint, entpuppt sich bei näherer Betrachtung als das genaue Gegenteil. Das Wissen, keinen feindlichen Gegenangriff fürchten zu müssen bzw. ihn mit einem Raketenschild neutralisieren zu können, stellt in vielen Fällen eine Vorbedingung dar, um ein Land „risikofrei“ angreifen zu können.

Der seit Langem von den USA geforderte Raketenschild gleicht in seiner nun beschlossenen Form nicht mehr den früheren NATO-Plänen, die lediglich den Schutz im Ausland stationierter Soldaten vorsahen. Nicolas Sarkozy bestätigte, dass zudem US-Präsident Obama *„einen neuen Vorschlag unterbreitet hat, der vorsieht, dass multilateral und nicht unilateral über die Entwicklung und die Feindbestimmung entschieden wird.“*<sup>65</sup>

Das Raketenabwehrsystem soll nun das gesamte Bündnisgebiet der NATO und, sofern die vereinbarte Kooperation mit Russland funktioniert – was sehr fraglich ist –, Russlands schützen. Die USA wollen trotz türkischer Ansprüche das Hauptquartier für den Schild in der deutschen US-Militärbasis in Ramstein einrichten. Ein solcher Entschluss steigerte die Bedeutung der Bundesrepublik für die militärische Infrastruktur der NATO und der USA, aber erhöhte auch die Gefahr, zum militärischen Angriffsziel zu werden.

Technisch ist geplant, bestehende nationale Raketenabwehrsysteme miteinander zu verbinden und zu einem gemeinsamen

Status of U.S. Nuclear Weapons in Europe 2010						
Country	Air Base	Custodian/Unit	Platform	Deployment (WS3 WSVs) (Est. Weapons)		Remarks
Belgium	Kleine Brogel	701 MUNSS	Belgian F-16s (10 <sup>th</sup> W Tac)	11	10-20	Nuclear inspections in 2004, 2006, and 2008
Germany	Büchel	702 MUNSS	German Tornados (JaboG 33)	11	10-20	Nuclear inspections in 2005, 2007, and 2009
	Spangdahlem	38 MMG	n.a.	0	0	Provides support to MUNSSs and Belgian, Dutch, German and Italian air forces for the NATO nuclear strike mission
Italy	Aviano	31 <sup>st</sup> FW	US F-16s	18	50	Nuclear inspections in 2004, 2007, and 2009
	Gheddi Torre	704 MUNSS	Italian Tornados (6 <sup>th</sup> Stormo)	11	20-40	Nuclear inspections in 2004 and presumably later. Weapons might have been reduced. Rumored consideration to consolidate weapons at Aviano AB
Netherlands	Volkel	703 MUNSS	Dutch F-16s (1 <sup>st</sup> FW)	11	10-20	Nuclear inspections in 2005, 2006, and 2008, 2009
Turkey	Incirlik	39 <sup>th</sup> ABW	Rotating US aircraft from other wings when needed	25	50	Nuclear inspections in 2006 and 2008. No permanent Fighter Wing and no aircraft "generation" at the base. The national Turkish nuclear strike mission probably ended in 2001
United States	Seymour-Johnson	4 <sup>th</sup> FW	F-15Es	n.a. <sup>a</sup>	?	Augmentation force for nuclear operations in Europe and Asia
	Kirtland	708 NSUS	n.a.	n.a.	? <sup>b</sup>	Service Logistics Agent (SLA) for all weapons deployments, movements and Limited Life Components (LLC) management
<b>5 Countries<sup>c</sup></b>		<b>6 Bases<sup>c</sup></b>		<b>87<sup>d</sup></b>		<b>150-200<sup>e</sup></b>

<sup>a</sup> There are no WS3s at Seymour Johnson AFB but nine igloos in the Weapons Storage Area.  
<sup>b</sup> Non-deployed reserve tactical bombs are stored at the 56-acre Kirtland Underground Storage Munitions Complex south of Kirtland AFB in New Mexico and the Weapons Storage Area at Nellis AFB in Nevada.  
<sup>c</sup> Only Europe is included in the total.  
<sup>d</sup> The 87 WS3 (Weapon Storage and Security System) Weapons Storage Vaults (WSVs) each can store up to four bombs for a total maximum of 348 weapons. Normally only one or two weapons are present. Vaults at some other bases that used to store nuclear bombs might still be maintained as well for dispersal contingencies.  
<sup>e</sup> All bombs are B61-3/4. There were 480 bombs in Europe in 2001. Bombs were removed from Araxos Air Base in Greece in 2001, the B61-10 was placed in the inactive stockpile in 2005, and bombs were removed from Ramstein Air Base in Germany in 2005 and RAF Lakenheath in England in 2006. Additional bombs stored in the United States can augment the European deployment as needed.

Key: AB – Air Base; ABW – Air Base Wing; FW – Fighter Wing; JaboG – Jagdbombergeschwader; MMG – Munitions Maintenance Group; MUNSS – Munitions Support Squadron; n.a. – not applicable; RAF – Royal Air Force; W Tac – Tactical Wing; WS3 – Weapons Storage and Security System; WSV – Weapons Storage Vault.

Hans M. Kristensen, Federation of American Scientists, 2010

System weiterzuentwickeln. Die praktische Umsetzung ist aber noch unklar. „Viele technische Fragen sind noch unbeantwortet“<sup>66</sup>, merkte Markus Kaim von der „Stiftung Wissenschaft und Politik“ dazu in der „Tagesschau“ an. Wie die bestehenden Systeme verzahnt werden sollen, wie sich die NATO-Staaten am System beteiligen, wer das Schild wie bedient, wer das Kommando innehat und weitere Punkte sind noch nicht abschließend geklärt bzw. entschieden worden.<sup>67</sup> Einige Wissenschaftler stellen sogar die technische Realisierung des Projekts grundsätzlich in Frage.<sup>68</sup>

Neben technischen Details und politischen Streitigkeiten ist die Finanzierung das wesentliche Problem. Der NATO-Generalsekretär Anders Fogh Rasmussen bezifferte die Kosten auf 147 bis 200 Millionen Euro. Aus einer Machbarkeitsstudie der NATO geht jedoch hervor, dass diese Summen deutlich zu niedrig für die „bedeutendste Investition der Allianz in den nächsten Jahren“<sup>69</sup> angesetzt sind. Sogar Dr. Bernd W. Kubbig von der „Hessischen Stiftung Friedens- und Konfliktforschung“ stellt das Projekt gegenüber „NDR-Info“ als eine Subvention für die Rüstungsindustrie dar.<sup>70</sup> Auch der außenpolitische Sprecher der FDP-Fraktion im Bundestag, Rainer Stinner, bezeichnete Rasmussens Zahlen als eine „Luftbuchung“<sup>71</sup>. Sollte sich dies bewahrheiten, kündigte der französische Präsident bereits an, weitere tiefe Einschnitte in die europäischen Haushalte nicht hinnehmen zu wollen. Dennoch soll das ambitionierte Projekt bereits 2012 in Betrieb genommen werden.

Vor allem in den USA heißen Sicherheitsexperten den Beschluss

der NATO willkommen. Sally McNamara von der „Heritage Foundation“ schrieb bereits kurz nach dem Gipfeltreffen in Lissabon, das Raketenabwehrsystem sei ein „begrüßenswerter Schritt zur Bekämpfung der neuen Sicherheitsrisiken in einer Welt nach dem Kalten Krieg“<sup>72</sup>. Auch der englische Premierminister James Cameron beurteilte die Übereinkunft als einen „riesigen Durchbruch“<sup>73</sup>. Welche Qualität der Schritt der NATO besitzt, führte McNamara ebenfalls aus: „Die Geschichte wird zeigen, dass es ein Meilenstein gewesen ist, um den Westen von seiner Abschreckungspolitik des Kalten Kriegs, die primär auf nukleare Vergeltung für einen strategischen Angriff auf Mitglieder des Bündnisses ausgerichtet war, zu einer Politik zu bringen, die den Schutz der Bevölkerung und des Territoriums gegen einen solchen Angriff ins Zentrum stellt.“<sup>74</sup>

### 3.3. Krisenmanagement: Die Militarisierung des Zivilen: die NATO gibt sich einen zivilen Arm

Die NATO hält, wie nicht anders zu erwarten war, an ihrem Ansatz der „vernetzen Sicherheit“, der auch im „Weißbuch der Bundesregierung für die Sicherheit Deutschlands und zur Zukunft der Bundeswehr“ verankert ist, grundsätzlich fest<sup>75</sup>. Im neuen Konzept der NATO heißt es: „Die Lektionen, die die NATO insbesondere in Afghanistan und auf dem westlichen Balkan gelernt hat, machen klar, dass ein umfassender politischer, ziviler und militärischer Ansatz für ein effektives Krisenmanagement notwendig ist.“<sup>76</sup> Das heißt, auch

in Zukunft sollen alle gesellschaftlichen Bereiche von der Entwicklungshilfe über die Umweltpolitik bis hin zum Militäreinsatz der Durchsetzung imperialistischer Interessen untergeordnet werden.

Der Abschnitt über „Sicherheit durch Krisenmanagement“<sup>477</sup> enthält neben einigen bereits bekannten Aussagen, wie z.B. dass die Probleme gescheiterter Staaten auch zu Problemen der westlichen Welt werden können, eine der zentralen und gefährlichsten taktischen Anpassungen des NATO-Strategiekonzepts. Die zivile Arbeit in Konfliktgebieten wird offiziell zum Teil der NATO-Strategie erkoren und soll die militärische Komponente der NATO ergänzen. Nicole Gnesotto, Mitglied im EU-eigenen Think Tank „Institute for Security Studies“, begründet dies wie folgt: *„Fast ein Jahrzehnt militärischer Intervention in Afghanistan hat die Unangemessenheit, sogar das Scheitern einer rein militärischen Strategie (...) demonstriert.“*<sup>478</sup>

Entgegen der vehementen Proteste von Entwicklungsorganisationen und anderer NGOs wird die NATO also in den nächsten Jahren *„angemessene aber moderate Fähigkeiten zum zivilen Krisenmanagement aufbauen, um mit zivilen Partnern effektiver zu kooperieren (...). Diese Fähigkeiten sollten auch dazu genutzt werden, zivile Aktivitäten zu planen, umzusetzen und zu koordinieren, bis die Bedingungen eine Übergabe der Verantwortung und Aufgaben an andere Akteure erlauben.“*<sup>479</sup> Zur zivilen Komponente der zivil-militärischen Zusammenarbeit gehören z.B. die Kooperation mit lokalen und internationalen Organisationen, der einheimischen Bevölkerung, aber auch die Ausbildung von Sicherheitskräften.

Dafür will die NATO *„zivile Spezialisten der Mitgliedsstaaten trainieren, die für den schnellen Einsatz durch Verbündete zur Verfügung stehen, und in der Lage sind, mit unserem militärischen und zivilen Spezialisten von Partnerstaaten und Institutionen zusammenzuarbeiten“*<sup>480</sup>. Zu diesen zivilen Spezialisten zählen Polizisten, Gendarmereineinheiten, Grenzschrützer ebenso wie Rechtsberater.

Die entsprechenden Zeilen im Strategiekonzept dürften vor allem die EU-Mächte Fogh Rasmussen diktiert haben. In den 24 zivilen und militärischen EU-Missionen zum Krisenmanagement seit 2003 wird diese Form der Kriegsführung bereits praktiziert. Daher verfügt die EU auch schon über die Ressourcen, die für einen Einsatz ziviler Kräfte erforderlich wären.<sup>81</sup> *„Deutschland“*, so bestätigt Angela Merkel bei ihrer Pressekonferenz nach dem ersten Gipfeltag in Lissabon, *„hat von Beginn an das Konzept der vernetzten Sicherheit nicht nur verteidigt, sondern auch mitentwickelt und auch in der täglichen Arbeit gelebt.“*<sup>482</sup>

Auch wenn sich die NATO eine Hintertür für militärische Alleingänge im neuen strategischen Konzept offen hält, wird das zivil-militärische Krisenmanagement im Strategiekonzept zum zentralen Instrument erhoben, um den westlichen Interessen mit Gewalt Geltung zu verschaffen. Dafür wird auch *„die integrierte zivil-militärische Planung im gesamten Krisenspektrum verbessert“*<sup>483</sup>.

Dabei sollte man sich nicht täuschen lassen. Die zivile Komponente der NATO ersetzt ihre militärische nicht, sondern ergänzt sie. In der US-amerikanischen Nationalen Sicherheitsstrategie heißt es dazu: *„Unsere Streitkräfte werden immer das Rückgrat unserer Sicherheit sein, aber sie müssen ergänzt werden.“*<sup>484</sup> In Afghanistan führt diese Umstellung beispielsweise weder zum Abzug der NATO-Truppen noch zum Ende des Krieges. Es werden lediglich die kriegsführenden Akteure schrittweise ausgetauscht, bis die NATO nur noch die afghanischen Soldaten und Polizisten trainiert, die stellvertretend den Krieg fortsetzen, den vorher ausländische Armeen begonnen haben. Die Kontrolle über Afghanistan behält die NATO dennoch.

Dass die zivile Säule der NATO keineswegs nur zivile Zwecke verfolgt, bekundet Dr. Henning Riecke von der „Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik“: *„Zudem ist es bei künftigen Einsätzen notwendig, früh auf die Verschränkung von zivilen und militärischen Instrumenten zu achten. Dies ist eine Voraussetzung für erfolgreiche*

*Counterinsurgency.“*<sup>485</sup>

### 3.4. Kooperative Sicherheit

#### 3.4.1 Mythos Abrüstung

*„So viel Abrüstung war noch nie in der Nato“*<sup>486</sup>, jubelte der Bundesaußenminister Guido Westerwelle. Der Abschnitt zur Abrüstung und Rüstungskontrolle im neuen strategischen Konzept der NATO sei ein *„historischer Schritt“*<sup>487</sup>. Noch nie in der Geschichte habe sich die NATO so weitreichend zur Abrüstung bekannt.

„SPIEGEL online“ vermeldete, dass bis zuletzt um die Abrüstungsformulierungen gerungen worden sei. Dafür ist das Ergebnis aber dürftig, wenn man sich nicht vom Getöse der Fanfaren ablenken lässt. Zumal in Betracht gezogen werden muss, was genau abgerüstet und wie aufgerüstet wird.

Die NATO bekennt sich zu *„konventioneller Abrüstungskontrolle, die berechenbar und transparent ist, und zu Mitteln, die eine Bewaffnung auf dem geringsten Stabilitätsniveau erlauben.“* Sie *„wird darauf hinarbeiten, dass das konventionelle Abrüstungskontrollregime in Europa auf einer wechselseitigen, transparenten Basis umgesetzt und im Einverständnis mit den betroffenen Nationen gestärkt wird.“*<sup>488</sup> Wie die Bewaffnung aussieht, die das geringste „Stabilitätsniveau“ erfordert, wird freilich ebenso wenig konkretisiert wie die Höhe der *„notwendigen Staatsausgaben für Sicherheit und Verteidigung“*<sup>489</sup>, mit der die Streitkräfte ausreichend finanziert werden können. Nirgendwo im Dokument tauchen Zahlen oder eindeutige Verpflichtungen für die Mitgliedsstaaten auf. Stattdessen haben sich die Mitgliedsstaaten lauter Hintertüren offen gelassen.

In puncto Atomwaffen wird zwar die insbesondere von der deutschen Bundesregierung eingeforderte strategische Abrüstung propagiert. Die NATO will *„in Übereinstimmung mit den Zielen des Atomwaffensperrvertrags die Bedingungen für eine Welt ohne Atomwaffen herstellen, die internationale Stabilität fördert und auf dem Prinzip ungeteilter Sicherheit für alle gründet.“*<sup>490</sup> Gleichzeitig beabsichtigt die Allianz aber, wie erwähnt, Atomwaffen erst dann gänzlich abzurüsten, wenn alle Atomwaffenarsenale anderer Mächte bereits aufgelöst worden sind. Diese Haltung entspricht der US-Position, wie sie in der Nationalen Sicherheitsstrategie der USA umrissen wird: *„Unser Militär muss seine konventionelle Überlegenheit und, solange Nuklearwaffen existieren, unsere Fähigkeit zur atomaren Abschreckung aufrechterhalten.“*<sup>491</sup> Dies ist schlicht nicht praktikabel, weil es bedeutete, dass beispielsweise Russland, Indien und China auf ihre Nuklearpotenzial in dem Vertrauen verzichten müssen, dass die USA nachzögen und diesen militärischen Vorteil nicht zu ihren Gunsten ausnützten.

Abgesehen von solchen politischen Gedankenspielen sind sich Atomwaffenexperten laut des englischen „Guardian“ aber sogar uneinig, ob das neue Strategiedokument der NATO überhaupt eine Abrüstung der nuklearen Kapazitäten vorsieht.<sup>92</sup>

US-Präsident Obama ließ z.B. in seiner Pressekonferenz nach dem Gipfel keinen Zweifel daran, dass die Abrüstung ein vor allem von der Bundesrepublik vertretener Mythos ist. Die NATO solle auch in Zukunft *„alle militärischen Fähigkeiten entwickeln, die wir für die Verteidigung unserer Nationen benötigen“*<sup>493</sup>. Daher sollen – das wird ausdrücklich betont – auch die zentralen Strukturen der NATO erhalten werden, die für Kriegseinsätze erforderlich sind. Es wird z.B. weiterhin beabsichtigt, zwei Großseinsätze nach Artikel 5 bzw. Interventionen im Ausland gleichzeitig durchzuführen zu können und die NATO Response Force beizubehalten.

Dass das transatlantische Bündnis dennoch medienwirksam für eine globale Abrüstung plädiert, geschieht aus taktischen Motiven. Zum Beispiel die Strukturreformen, die die NATO beschlossen hat – unter anderem die Reduktion des Kommandopersonals von

13.000 auf 9.000 –, dienen nicht zum Rückbau des Kriegsapparats. Vielmehr sollen sie die erheblichen finanziellen Einbußen in den nationalen Haushalten auffangen und dazu beitragen, dass die NATO „sich auf die Anforderung der Front konzentriert“<sup>94</sup>. Sogar schwache Abrüstungsvereinbarungen, wie z.B. das neue START-Abkommen zwischen den USA und Russland werden nicht konsequent umgesetzt. In den Vereinigten Staaten wurde die Ratifizierung von den Republikanern im Kongress an weitreichende das Abkommen kompromittierende Zugeständnisse gekoppelt.

Außerdem reagiert das transatlantische Bündnis auf mutmaßlich neue Bedrohungen regelmäßig mit neuen Waffensystemen. Unter Absatz 19 des neuen Strategiekonzepts werden gleich eine ganze Reihe neuer Rüstungsprojekte aufgeführt, von denen das Raketenabwehrsystem nur das bekannteste und größte ist. Es sollen nicht nur die militärischen Fähigkeiten gegen biologische, chemische und nukleare Waffen weiterentwickelt werden, sondern auch Mittel gegen Cyberattacks, terroristische Angriffe oder zum Schutz ökonomischer Infrastruktur. Gerade vor dem Hintergrund dieser Ankündigungen wäre es verfehlt, Rüstung lediglich auf die Anschaffung von Waffen zu reduzieren. Aufklärungs-, Computer- und Spionagetechnologien z.B. gewinnen in Zeiten vernetzter Sicherheit und präventiven „Schutzes“ zunehmend an Bedeutung.

Wenn die NATO-Staaten abrüsten, werden in der Regel nur die Waffen entsorgt, die man für die neuen Kriege und im Einsatz gegen neue Gefahren ohnehin nicht mehr benötigt, weil sie extrem kostspielig oder militärisch gar nicht mehr einsetzbar sind. Es geht der NATO weniger um die Beibehaltung derselben Quantität vorwiegend alter Waffen, sondern vielmehr einerseits um die qualitative Erweiterung der militärischen Fähigkeiten auf andere bislang noch vernachlässigte Gebiete („Cyberkrieg“ und Raketenabwehrsystem) und die Effizienzsteigerung ihrer Waffen im Einsatz. Daher rührt der relative Bedeutungsverlust von Atomwaffen und die Bereitschaft, ihre Rolle ein wenig zu reduzieren, ohne sie jedoch gänzlich aufzugeben. Andererseits haben die Westmächte die repressiven Möglichkeiten von Abrüstungsabkommen erkannt. Indem man Abrüstungsregime dazu einsetzt, anderen Staaten den Zugang z.B. zu Atom-, anderen Massenvernichtungs- und speziellen konventionellen Waffen zu verwehren – in der Nationalen Sicherheitsstrategie der USA werden Iran und Nordkorea namentlich aufgeführt –, erhält man den Status quo, d.h. das existierende militärische Ungleichgewicht in der Welt. Vor allem für die USA, die laut David Harvey nur noch über eine militärische in Abgrenzung zur ökonomischen und politischen Vormachtstellung auf dem Globus verfügen<sup>95</sup>, liegt ein solches Vorgehen auf der Hand. Daher ist es für die USA auch eine „Toppriorität“, „die Verbreitung von Nuklearwaffen zurückzuschrauben“<sup>96</sup>.

Aber auch das deutsche Engagement für Abrüstung insbesondere der Atomwaffen entspringt keineswegs einer Sehnsucht nach Frieden. Erstens intendiert die Bundesregierung eine Angleichung der militärischen Macht vom Standpunkt einer Macht ohne Atomwaffen. Die konkrete Abrüstung der USA und/oder Russlands minderte z.B. die Kluft zwischen der Kriegsfähigkeit Deutschlands bzw. Europas und anderer Großmächte. Zweitens verringerte der Abzug der strategischen Nuklearraketen aus Europa – eine jahrzehntelange Forderung der Friedensbewegung, die die herrschende Klasse in der Bundesrepublik für sich fruchtbar gemacht hat – den US-Einfluss auf dem europäischen Kontinent und stärkte die militärische und politische Unabhängigkeit der EU gegenüber den USA.

Den zweigleisigen Zugang zur Abrüstung – einerseits traditionelle Waffensysteme abzubauen und andererseits durch neuartige zu ersetzen – besitzen alle NATO-Mächte, insbesondere aber die USA und die EU. Auch die Bundesrepublik verfolgt spätestens seit 2006 dieses Konzept. Nur in der Gewichtung unterscheiden sich die Positionen in Nuancen.

### 3.4.2 Stagnation oder Diversifikation? Strategische Partnerschaften und die Politik der Offenen Tür

Grundsätzlich haben die Verantwortlichen der NATO beschlossen, dass „die Tür der NATO für eine Mitgliedschaft weiterhin für alle europäischen Demokratien weit offen steht.“<sup>97</sup> Ihr „Ziel ist ein einheitliches und freies Europa, das auf gemeinsamen Werten beruht“ und diesem Ziel diene man am besten durch die „endgültige Integration aller europäischen Staaten in wünschenswerte Europäisch-atlantische Strukturen“<sup>98</sup>. Die NATO artikuliert also nichts Geringeres als die Absicht, Europa und Nordamerika langfristig unter dem Dach der NATO zu vereinen.

Dennoch kann man feststellen, dass die Anstrengungen zur Vergrößerung des Bündnisses in den letzten Jahren rückläufig waren. Das hat sicherlich einerseits damit zu tun, dass eine Annäherung mit dem langsam wieder erstarkenden Russland nur möglich ist, wenn die NATO ihr Territorium nicht weiter entlang der russischen Grenzen ausdehnt. Andererseits hat der Krieg zwischen Russland und Georgien 2008 gezeigt, wie gefährlich die Aufnahme osteuropäischer Staaten in das Bündnis für die gesamte NATO im Ernstfall werden kann.

Trotz der Versicherung, dass die NATO „ihre Partnerschaften mit der Ukraine und Georgien in den Kommissionen fortsetzt und entwickelt, wie die NATO es beim Gipfeltreffen in Bukarest 2008 beschlossen hat“<sup>99</sup>, bestehen Zweifel vor allem in osteuropäischen Mitgliedsstaaten an der Aufrichtigkeit der NATO-Führungsmächte. Die zwei tschechischen Wissenschaftler Ondřej Ditrych and Vít Střítecký vom „Center for International Security at the Institute of International Relations“ in Prag beklagen daher: „Die Politik der Offenen Tür gegenüber Ländern wie Georgien ist kein Thema mehr. Seit dem NATO-Gipfel in Bukarest vor zwei Jahren hören wir nur noch Lippenbekenntnisse.“<sup>100</sup> Zwar beteuerte die NATO jüngst, „die Europäisch-atlantische Integration auf dem westlichen Balkan fördern zu wollen“<sup>101</sup>. Insgesamt hat der Erweiterungsprozess allerdings an Schwung verloren. Die allgemeinen und unverbindlichen Aussagen im neuen strategischen Konzept über verschiedene Partnerschaften, die die NATO besitzt, legen beredt Zeugnis davon ab. Dies bedeutet jedoch, dass die Politik der Offenen Tür auch wieder neu entfaltet werden könnte, wenn es politisch notwendig oder möglich erscheint.

Der Vernachlässigungsprozess potenzieller Neumitglieder geht einher mit einer leichten Verlagerung im Umgang mit Akteuren, die nicht der NATO angehören. Auf der einen Seite sollen mehr und andere Staaten durch „flexible Formate“<sup>102</sup> der Zusammenarbeit an die NATO gebunden werden und auf der anderen Seite nimmt die NATO zunehmend nicht-staatliche Akteure – NGOs ebenso wie sogenannte private Sicherheitsfirmen – und auch wieder stärker supranationale Institutionen wie die Vereinten Nationen in den Blick. Das Ziel ist ein „vielschichtiges Netzwerk partnerschaftlicher Beziehungen mit Staaten und Organisationen rund um den Erdball“<sup>103</sup>. Darin sind sich EU-Strategen und die USA durchaus einig.

Der Direktor des „European Union Institute for Security Studies“, Álvaro de Vasconcelos, schreibt dazu: „Europa und die Vereinigten Staaten benötigen sämtliche globalen Akteure, alte wie neue, um eine internationale Ordnung errichten zu können.“<sup>104</sup> Diese Hinwendung zu multilateralen Sicherheitsnetzwerken ist aber nicht dem Glauben an gemeinsame Konfliktlösung geschuldet, sondern der Einsicht, dass machtpolitische und ökonomische Interessen in diesem Modus Operandi effizienter verfolgt werden können. In der US-amerikanischen Nationalen Sicherheitsstrategie wird diese Überlegung auch unverhohlen vorgetragen: „Wenn wir unsere militärische Mittel übermäßig beanspruchen oder es uns nicht gelingt, komplementäre Instrumente anzuwenden, oder ohne unsere Partner agieren, dann überlasten

wir unser Militär, müssen die Amerikaner für größere Lasten aufkommen und unsere Führung wird zu stark mit militärischer Macht identifiziert.“<sup>405</sup>

### 3.4.3 Das Verhältnis zwischen NATO und EU

Die Partnerschaft zwischen der NATO und der EU ist eine besondere und für die Zukunft der transatlantischen Allianz entscheidend. Während die NATO das westliche Militärbündnis aus den Zeiten des Kalten Krieges ist und von den USA dominiert wird, ist die EU in ihrer heutigen Form vorrangig ein Produkt der Zeit nach 1989/90 unter der Führung des wieder erstarkten Deutschlands und Frankreichs. Zwischen diesen beiden imperialistischen Polen, USA und EU, schwelt seit Jahrzehnten ein latenter Konflikt, der seinen Höhepunkt in der offenen Konfrontation vor dem Irakkrieg 2003 erreichte. Im Kern ging es dabei immer um die Machtverteilung innerhalb des Bündnisses und damit auch um die Aufgabenverteilung und die jeweiligen Ansprüche.

Zwei der wesentlichen Streitpunkte zwischen den beiden politischen und ökonomischen Säulen der Allianz, den USA und der EU, scheinen jedoch jüngst ausgeräumt worden zu sein. Zum einen halten die Autoren des strategischen Konzepts fest, dass die gemeinsame Verteidigung „auf der Basis von Solidarität, gemeinsamer Zwecke und gleicher Lastenteilung“<sup>406</sup> fortgesetzt werde – insbesondere die gemeinsame finanzielle Lastenteilung ist seit Langem eine Kernforderung der USA an die EU als Bedingung für mehr Mitspracherecht in der NATO. Zum anderen erkennen die USA die EU als gleichberechtigten Partner an, indem sie sowohl das Inkrafttreten des Lissabonvertrags, durch den die EU de facto zu einer Militärunion mit der Selbstverpflichtung zur Aufrüstung geworden ist, als auch die sicherheitspolitische Komponente der EU ausdrücklich gutheißt: „Die NATO erkennt die Bedeutung einer stärkeren und fähigeren europäischen Verteidigung an. Wir begrüßen das Inkrafttreten des Vertrags von Lissabon, der die Rahmenbedingungen für die EU liefert, um Gefahren für die gemeinsame Sicherheit besser bewältigen zu können.“<sup>407</sup> Die Passagen im neuen strategischen Konzept der NATO über das Verhältnis zur EU sind in dieser Deutlichkeit früher nicht üblich gewesen und lassen auf Kräfteverschiebungen im Inneren der NATO schließen. Die EU wird erstmalig als „ein einzigartiger und essenzieller Partner der NATO“<sup>408</sup> eingestuft, obwohl die USA in ihrer Nationalen Sicherheitsstrategie die NATO als „Basis der europäischen Sicherheit“<sup>409</sup> bezeichnen.

Trotz dieser transatlantischen Annäherungen sind vor allem die Europäer weiterhin unzufrieden mit dem Zustand der NATO: „Es muss konstatiert werden, dass die Beziehungen zwischen der EU und der NATO auf der institutionellen Ebene alles andere als harmonisch sind.“<sup>410</sup> Und weiter moniert Nicole Gnesotto vom „European Union Institute for Security Studies“: „Die politischen Beziehungen zwischen beiden sind keineswegs zufriedenstellend.“<sup>411</sup> Diese Situation dürfte verschiedene Gründe haben. Zum einen schieben die USA ihren Fokus zunehmend weiter nach Osten, weg von der Eurozone. Barack Obama spricht nicht umsonst vom kommenden „pazifischen Jahrhundert“<sup>412</sup>. Zum anderen will die EU ihre relative Unabhängigkeit von der NATO ausweiten und in wachsendem Maße selbstständig agieren. Die Relevanz der NATO sinkt dadurch zwangsläufig. Sie wäre dann nur noch „eine Komponente einer übergeordneten strategischen Partnerschaft zwischen den USA und der EU“<sup>413</sup> unter vielen.

Dieser Anspruch der EU, einander auf Augenhöhe zu begegnen, ist darauf zurückzuführen, dass die strikte Trennung zwischen Geldgebern (Europa), die historisch bisweilen eine schlechte Zahlungsmoral an den Tag legten, und Kriegern (USA) sich langsam zu nivellieren scheint. Europa übernimmt auch militärisch zunehmend „eigene Verantwortung“: „Die Vereinigten Staaten sind nicht

mehr länger in der Lage oder willens, das gesamte Spektrum des Krisenmanagements auf der Welt zu übernehmen. Amerikas Rückzug in dieser Hinsicht verpflichtet Europa, in Zukunft stärker zu agieren.“<sup>414</sup> Die Frage ist nur: wie?

Einig sind sich EU und NATO darüber, dass es eine stärkere Verzahnung beider im gemeinsamen Vorgehen geben muss. „Die strategische Partnerschaft mit der EU“, so heißt es im neuen Strategiepapier der NATO, solle „im Geiste gegenseitiger Offenheit, Transparenz, Komplementarität und Respekt für die Autonomie und institutionelle Integrität beider Organisationen gestärkt“<sup>415</sup> werden. Darüber hinaus lässt der Text auch in diesem Punkt Raum für Spekulationen, die auf den genannten gegenläufigen Interessen der EU und USA gründen. Denn auf der einen Seite kann man dem Strategiedokument entnehmen, dass es zu einer größeren Verzahnung und klareren Arbeitsteilung der US- und europäischen Fähigkeiten innerhalb der NATO kommen könnte, bei der die EU die zivilen und die USA die militärischen Mittel bereitstellt. Auf der anderen Seite wäre es jedoch auch möglich, dass die NATO und die EU – gleichberechtigt – „komplementäre und sich wechselseitig verstärkende Rollen spielen, um den internationalen Frieden und die internationale Sicherheit aufrechtzuerhalten“<sup>416</sup>. Die europäische Sicherheitspolitik inklusive des militärischen Arms könnte „in Form einer europäischen Säule der NATO“<sup>417</sup> gedeihen und damit die sukzessive Loslösung der EU von den USA – dementsprechend auch von der NATO – befördern. Dieser Prozess, der historisch erst mit dem Schlagwort „Autonomie“ beschrieben wurde und heute mit dem Begriff der „Komplementarität“ erfasst wird, wäre gewiss nicht im US-Interesse und schwächte die NATO langfristig unwiderruflich.

### 3.4.4 Russland und die NATO

Der „dritte Gipfel zwischen der NATO und Russland auf oberster diplomatischer Ebene seit 2002, als diese Treffen formalisiert wurden“<sup>418</sup>, war – und daran sind sich ausnahmsweise nahezu alle Berichtersteller einig – „mehr symbolisch als ergebnisorientiert“<sup>419</sup>. Das Treffen des NATO-Russland-Rats im Rahmen des NATO-Gipfels in Lissabon war das erste seit der militärischen Auseinandersetzung zwischen Georgien und der Russischen Föderation im August 2008. Vor zwei Jahren hatte aber nicht der Krieg, sondern vor allem der US-Plan für ein Raketenabwehrsystem zum Bruch zwischen Russland und der NATO geführt.

Trotz des enormen Aufhebens rund um die Begegnung der NATO mit Russlands Präsident Medwedew – Angela Merkel betonte in ihrer Pressekonferenz eindringlich, dass der Kalte Krieg nun wirklich zu Ende sei<sup>420</sup> – sind sowohl die Ergebnisse des Treffens als auch die Aussagen im neuen Strategiepapier zurückhaltend.

Die Russische Föderation ist die einzige Großmacht, die der NATO nicht angehört und dennoch im neuen strategischen Konzept erwähnt wird. Über China oder Indien wird z.B. keine Silbe verloren. Generös gesteht die NATO in ihrem strategischen Konzept Russland seine territoriale Integrität zu – eigentlich eine Selbstverständlichkeit der internationalen Beziehungen. Explizit wird darauf hingewiesen, dass „die NATO für Russland keine Bedrohung darstellt“<sup>421</sup> und dass mit Russland ein Abkommen geschlossen werden solle, um die Positionierung russischer Nuklearwaffen in Europa transparenter zu machen und die Waffen aus der Nähe des NATO-Territoriums zu entfernen. Denn es müsste, so die NATO-Strategen, vor „allen weiteren Schritten die Unverhältnismäßigkeit des größeren russischen Bestands atomar bestückter Kurzstreckenraketen in Betracht gezogen werden.“<sup>422</sup> Nichtsdestotrotz verkündeten die Staats- und Regierungschefs des westlichen Militärpakts, dass sie „eine echte strategische Partnerschaft zwischen Russland und der NATO“<sup>423</sup> anstrebten. Dafür solle, so lautet das Angebot, Moskau in die Planung und Umsetzung des Raketenabwehrsystems ein-

gebunden und auf diversen Politikfeldern, wo Gemeinsamkeiten bestehen, zusammengearbeitet werden.

Konkret beschlossen Medwedew und die NATO-Vertreter am Wochenende in Lissabon drei Punkte. Man vereinbarte ein erstes Treffen zur gemeinsamen Bedrohungsanalyse im 21. Jahrhundert auf der Ebene der Verteidigungsminister für Juni 2011, die Zusammenarbeit in der Raketenabwehr – Russland besteht auf einen umfassenden Informationsaustausch und auf die Beteiligung an der Verantwortung für das Raketenabwehrsystem – und die gemeinsame Fortsetzung des Kampfs gegen den Terrorismus. Das bedeutet konkret, dass Russland der NATO eine bessere logistische Versorgung nach Afghanistan gewährleistet und der afghanischen Armee Hubschrauber liefert.<sup>124</sup> Des Weiteren wollen sie zusammen den Kampf gegen die Drogen und gegen den islamistischen Terrorismus führen, bei den Treffen der G8 und G20 kooperieren und gegen die Proliferation von Massenvernichtungswaffen gemeinsam vorgehen. Insgesamt sind diese Resultate des NATO-Russland-Gipfels dürftig. Sie bestätigen weitestgehend den Ist-Zustand der Beziehungen zwischen beiden Seiten, der sich weitestgehend durch gegenseitiges Misstrauen auszeichnet.

Die Beschlüsse können auch nicht darüber hinwegtäuschen, dass vor allem die osteuropäischen NATO-Mitglieder eine Annäherung an Russland vermeiden wollen und dass die Osterweiterung des Bündnisses keineswegs eingestellt wird. Wie fraktioniert die NATO in der Russland-Frage ist, belegt die Auswertung der von wikileaks veröffentlichten US-Botschaftsdepeschen. Aus ihnen geht hervor, dass die baltischen Staaten einer offiziell Russland freundlicheren und aufgeschlosseneren Politik vor dem Lissabon-Gipfel nur zustimmen wollten, wenn ihnen ein Notfallplan zur militärischen Verteidigung bei einem Angriff zugesagt würde. *„Der potentielle Aggressor wird zwar nicht genannt. Aber allen ist klar, dass Russland damit gemeint ist.“*<sup>125</sup> Die Osteuropäer drängten daher auf die Aufnahme eines Passus‘ in die Einleitung des neuen Strategiekonzepts, mit dem die kollektive Verteidigung bei einem Angriff betont wird. „SPIEGEL online“ zitierte kurz vor dem NATO-Treffen in Lissabon den luxemburgischen Außenminister Jean Asselborn, dessen Worte das grundsätzliche Problem im Umgang der NATO mit Russland zum Ausdruck bringen: *„Die osteuropäischen Nato-Partner sehen in Russland vor allem eine Gefahr, die anderen einen strategischen Verbündeten.“*<sup>126</sup>

Grundsätzlich bleibt festzuhalten, dass die NATO nicht mehr in der Lage ist, die russischen Positionen einfach zu übergehen, wie es direkt nach der Implosion der Sowjetunion der Fall war. Nicht nur die EU, wie die Direktorin des „Finnish Institute of International Affairs“ und ehemalige finnische Außenministerin Teija Tiliikainen schreibt, sondern auch die USA müssen *„sich mit einem anderen Russland als in den 1990er Jahren auseinandersetzen. Infolge der globalen Machtverschiebungen und z. T. aufgrund seiner Energiere Ressourcen und seiner nuklearen Fähigkeiten sieht Russland neue Möglichkeiten, seinen Einfluss und sein internationales Prestige auszubauen.“*<sup>127</sup> Auch die USA konstatieren in ihrer Nationalen Sicherheitsstrategie, dass Russland zu den zwei Nationen gehöre, *„die über die Mehrheit der Nuklearwaffen auf der Welt verfügen“*<sup>128</sup>, und wieder eines der neuen Zentren internationaler Macht geworden sei. Markus Kaim von der „Stiftung Wissenschaft und Politik“ schlussfolgerte im Fernsehinterview mit der „Tagesschau“ kurz und knapp: *„Russland braucht die NATO nicht.“*<sup>129</sup>

Die NATO braucht aber Russland. Die USA sind auf Moskau angewiesen: *„Für die Bearbeitung der wichtigsten Konflikte – Afghanistan und Iran – benötigen die Amerikaner schlicht die Kooperation mit Russland. Deshalb will man sich in Washington keine Konfrontationspolitik gegenüber Moskau erlauben.“*<sup>130</sup> Nicht nur die Ausführungen der Nationalen Sicherheitsstrategie Washingtons bestätigen diese Einschätzung. Auch Barack Obama sagte: *„Zum Teil auch durch den*

*Neustart der Beziehungen zwischen den USA und Russland haben wir enorme Hilfe von den Russen erhalten, um dem Iran Sanktionen aufzuerlegen, die härter sind als alles, was wir zuvor gesehen haben.“*<sup>131</sup> Die EU ist über diese imperialistischen Lösungsstrategien für Konflikte hinaus aus weiteren Gründen gezwungen, auf Russland zuzugehen. *„Die Abhängigkeit der EU von russischer Energie“*<sup>132</sup> und die direkte Sicherheit der Europäischen Union und ihrer Nachbarschaft betreffen auch vitale Interessen Moskaus. Die Frage, die sich stellt, ist, wie soll sich die NATO gegenüber Russland verhalten.

*„Das strategische Interesse der EU, das offensichtlich von den USA geteilt wird, ist, eine konfrontative Bipolarität in Europa zu vermeiden.“*<sup>133</sup> Dies geht aber nur, wenn Russland sich nicht am Aufbau einer asiatischen Allianz in Abgrenzung zur NATO beteiligt, wie sie als Kern bereits in der Shanghai Cooperation Organisation existiert. Daher fordert z.B. Dr. Henning Rieke von der „Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik“, *„Partnerschaft und Eindämmung sind in Einklang zu bringen“*<sup>134</sup>. Die USA formulieren zudem unverbindlich aber offensiver als zuvor, dass sie eine *„stabile, substantielle, multidimensionale Beziehung mit Russland“*<sup>135</sup> eingehen wollten. Und Álvaro de Vasconcelos, Direktor des „European Union Institute for Security Studies“, ist der Meinung, dass die europäische Sicherheit am besten durch *„einen zweiseitigen-paneuropäischen kooperativen Rahmen“*<sup>136</sup> garantiert werden könne.

Ob die vor allem deutschen und französischen Hoffnungen berechtigt sind, *„dass das Ende des Kalten Kriegs eine neue beruhigte und vertrauliche Beziehung mit den Russen eröffnet“*<sup>137</sup>, muss sich erst noch zeigen. Wladimir Putin, der wider aller formalen Hierarchien und Ämter immer noch als der starke Mann in Moskau gilt, träumt auf jeden Fall bereits von einem paneuropäischen Markt von Lissabon bis Wladiwostok. Der deutsche Altkanzler und heutige Wirtschaftslobbyist Gerhard Schröder zeigte sich schon von dieser Idee begeistert.<sup>138</sup> Die USA und somit auch die NATO haben in diesen eurasischen Gedankenspielen jedoch nur noch eine Nebenrolle, weshalb Washington nach Kräften versuchen dürfte, eine solche Entwicklung zu torpedieren.

Bis sich eine der skizzierten Tendenzen als nachhaltig erweist, wird aber die gegenseitige Eindämmung und Partnerschaft die Beziehungen zwischen den NATO-Staaten und Russland dominieren.

### 3.5 Kriegsszenarien

#### 3.5.1 Afghanistan: Taktischer „Rückzug“ und die Afghanisierung des Krieges

*„Wir sind keine Okkupationsmacht. Wir betreiben kein Kolonisationsprojekt. Wir sind in Afghanistan, weil die legitime und gewählte Regierung Afghanistans uns darum gebeten hat.“*<sup>139</sup>

Nicolas Sarkozy

*„Die NATO ist gegenwärtig in die größte Bodenoperation ihrer Geschichte involviert – weit außerhalb ihres traditionellen Einflussbereichs.“*<sup>140</sup> Der NATO-Einsatz in Afghanistan, den selbst Bundeskanzlerin Merkel jüngst bei ihrem dritten Frontbesuch als *„Krieg“*<sup>141</sup> bezeichnete, spielt dennoch in der neuen NATO-Strategie kaum eine Rolle. Die einzige Passage des Strategiepapiers, in dem auf den Einsatz am Hindukusch Bezug genommen wird, dokumentiert aber trotz ihrer Marginalität die Probleme, die das Bündnis im Afghanistankrieg hat: *„Die Lektionen der NATO-Operationen insbesondere auf dem westlichen Balkan und in Afghanistan machen deutlich, dass ein umfassender politischer, ziviler und militärischer Ansatz für ein effektives Krisenmanagement notwendig ist.“*<sup>142</sup> Zwischen den Zeilen wird eingestanden, dass die ausschließlich militärische Auseinandersetzung mit den zahlreichen Gruppierungen, die keineswegs alle identisch sind mit den Taliban, die in westlichen Medien immer



Foto: nato.int.

als Pars pro Toto für die gegen die NATO kämpfenden Afghanen genutzt werden<sup>143</sup>, nicht zu den gewünschten Zielen geführt hat. Der deutsche Außenminister bestätigte diesen Eindruck gegenüber den Pressevertretern nach dem NATO-Gipfel: „*Es wird in Afghanistan erfolgreich nur eine politische Lösung geben.*“<sup>144</sup>

Klar ist aber dennoch, dass sich zumindest am militärischen Vorgehen und der Planung der NATO nichts ändern wird, wie etwa General David Petraeus, der US- und NATO-Oberkommandeur in Afghanistan, und Bundesverteidigungsminister zu Guttenberg klarstellten. Sie wollen an den bisherigen Methoden – z.B. der gezielten Tötung und Folter – festhalten, trotz der mehrfach öffentlich vorgebrachten Kritik des afghanischen Präsidenten an Drohnenangriffen und nächtlichen Hausdurchsuchungen und obwohl diese Methoden gegen das humanitäre Völkerrecht und die Menschenrechte verstoßen.<sup>145</sup>

Die derzeit dringendste Aufgabe der NATO war trotz aller vorgeschobenen Geringschätzung der westlichen Kriegsfürsten Thema beim Gipfel in Lissabon. Die auch terminlich eingerichtete Trennung zwischen der Präsentation des neuen Strategiekonzepts und dem Sondertreffen der NATO-Staats- und Regierungschefs mit dem afghanischen Präsidenten Hamid Karzai sollte der Öffentlichkeit aber vermitteln, dass der Afghanistankrieg nicht die Agenda der NATO bestimmt – obgleich er es de facto tut.

Im Wesentlichen beschloss die NATO mit dem afghanischen Präsidenten eine schrittweise „Übergabe der Verantwortung“, eine verstärkte Unterstützung beim Aufbau der afghanischen Sicherheitskräfte (Armee und Polizei) und eine strategische Partnerschaft zwischen dem Militärbündnis und Afghanistan. Bereits am 20. Juli 2010 beteuerte Karzai vor den Vertretern von 70 Staaten bei der Afghanistankonferenz in Kabul, dass er den eigenen Staat selbst führen könne, indem die Regierung sich auf ihre eigenen Streitkräfte stütze und von der internationalen Gemeinschaft zuverlässig und solide finanziert werde. Die NATO folgte nun formal diesem Wunsch.

Die „*neue Stufe des Afghanistan-Engagements*“, so gab Bundeskanzlerin Merkel stellvertretend für die NATO bekannt, bestehe in der „*Übergabe der Sicherheitsverantwortung*“<sup>146</sup> an die afghanische Regierung. Das bedeutet, dass die NATO ihre Kampfverbände sukzessive ab 2011 aus dem Land abziehen und den „Rückzug“ vorgeblich bis 2014 beendet haben will. Bundesverteidigungsminister zu Guttenberg nahm jedoch schon Einschränkungen hinsichtlich der Terminierung des Abzugs vor: „*Wie wir alle immer wieder gesagt haben, ist eine Jahreszahl natürlich immer daran zu messen, ob es [der Abzug; C.S.] auch verantwortbar geschehen kann.*“<sup>147</sup> General David Petraeus bezweifelte bereits kurz nach dem NATO-Gipfel, dass der angesetzte Termin für den endgültigen Abzug der Truppen aus Afghanistan realistisch ist.<sup>148</sup> Der englische Premier Cameron nannte abweichend vom NATO-Beschluss das Jahr 2015 als absolute Deadline für den Abzug der britischen Einheiten.<sup>149</sup>

In der Übergangsphase zwischen 2011 und 2014 wird der Krieg in Afghanistan allerdings nicht häppchenweise abnehmen. In diesem Zeitraum will die NATO eine zweigleisige Strategie verfolgen.

Zum einen werden die westlichen Streitkräfte aus den Teilen Afghanistans abgezogen, in denen der Krieg nicht offen geführt wird, und an die Schauplätze intensiver Auseinandersetzungen verlegt. Daher äußerte sich Karl Theodor zu Guttenberg auch skeptisch zu den Terminvorgaben der deutschen Bundesregierung für den Beginn des Abzugs der Bundeswehrsoldaten: „*Es ist ja nicht unbekannt, dass man im nächsten Jahr mit der Übergabe in Verantwortung beginnen will. Das muss aber nicht zwingend bedeuten, dass man im nächsten Jahr auch mit einer Truppenreduzierung beginnen kann. Es ist immer wichtig, dass das an Ergebnisse gebunden ist und dass diese Ergebnisse auch belastbar erscheinen.*“<sup>150</sup> Der englische Premierminister forderte ohnehin unverblümt von seinen Verbündeten, dass „*die Staaten ihre Kapazitäten in die Ausbildung oder in andere Teile des Landes reinvestieren, wenn sie frühzeitig von der Übergabe der Verantwortung profitieren*“<sup>151</sup>.

Zum anderen stellt die NATO ihre Kriegstaktik um. *„Von jetzt an bis 2014 werden wir konstant alle Anstrengungen unternehmen, um die afghanischen Sicherheitskräfte auszubilden, so dass sie nach und nach mehr Verantwortung übernehmen können. Das ist mit Übergang gemeint“*<sup>452</sup>, erläutert Barack Obama die Absichten der NATO. Dafür haben sogar Staaten wie Kanada, die vorher den Rückzug ihrer Truppen verkündet hatten, trotz schwerer politischer Kontroversen ihre Unterstützung angekündigt. Und Italien ist z.B. für die neue Taktik bereit, sich an der Ausbildungsarbeit zu beteiligen.<sup>153</sup> Angela Merkel versicherte zudem ihren Kameraden im Bündnis und dem Establishment in der Bundesrepublik die volle Unterstützung für das neue Unterfangen: *„Wir haben uns der Ausbildung der afghanischen Soldaten und Polizisten verpflichtet. Die Bundeswehr hat das gesamte Einsatzkonzept auf das partnerschaftliche Miteinander mit den afghanischen Soldaten umgestellt.“*<sup>454</sup> Die Ausbildung der afghanischen Sicherheitskräfte steht damit zunehmend im Mittelpunkt des Einsatzes. Bis Oktober 2011 sollen die afghanische Polizei, die bereits z.T. in den Krieg einbezogen wird, auf 134.000 und die afghanische Armee auf 171.600 Mann anwachsen.

Die Übergabe der Verantwortung ist also weder gleichbedeutend mit dem Ende des Kriegs noch mit dem Abzug der westlichen Soldaten, sondern mit der Afghanisierung des Kriegs und einer Anpassung der NATO-Taktik in Afghanistan. Statt offen den Krieg zu führen, wollen die westlichen Kriegsfürsten ihre Soldaten ins zweite Glied zurückziehen und ihren Vasallenstaat finanzieren. Die NATO-Streitkräfte sollen die afghanischen Sicherheitskräfte, d.h. Polizei und Militär, „nur“ noch ausbilden. Diese Form des Übergangs, so verlautbarte der französische Staatspräsident Nicolas Sarkozy vollmundig, *„ist eine europäische Strategie.“*<sup>455</sup>

Die Umstellung vom Kampf- auf den Ausbildungseinsatz und die Betonung der Staatsbildung statt des Kriegs, so hoffen europäische Diplomaten laut der „New York Times“, verschaffe den Europäern ein wenig mehr Zeit und beruhige den Unmut in der Bevölkerung. Die taktische Neuorientierung ist folglich zumindest z.T. eine Beruhigungsspielle. Allerdings stecken auch handfeste Interessen hinter der neuen Taktik. Nach neun Jahren ist ziemlich klar, dass der Krieg für die NATO nicht zu gewinnen ist. Markus Kaim von der „Stiftung Wissenschaft und Politik“ bestätigte diese Einschätzung im Fernsehinterview: *„Ich glaube hinter vorgehaltener Hand wird das zugegeben. [...] Die NATO ist von dem angestrebten Ziel (...) weit entfernt.“*<sup>456</sup> Darüber hinaus schlagen die Ausgaben für den Krieg mittlerweile stark ins Kontor der krisengeschüttelten Staaten. Schließlich darf man nicht vergessen, wie Nicole Gnesotto schreibt, dass *„der Vorrang für die Mission in Afghanistan wenig Raum und Ressourcen für NATO-Interventionen an anderen Orten lässt“*<sup>457</sup>.

Die offizielle Sprachregelung der NATO zum Afghanistaneinsatz unterscheidet fein zwischen dem Kriegseinsatz und der praktischen und finanziellen Ausbildung sowie der militärischen Aufrüstung des afghanischen Sicherheitsapparates durch die NATO-Staaten. US-Präsident Obama erklärte: *„Es ist das Ziel sicherzustellen, dass wir nicht mehr in Kampfhandlungen, wie sie gegenwärtig stattfinden, verwickelt sind.“*<sup>458</sup>

Das bedeutet jedoch nicht, dass wirklich alle Einheiten das Land verlassen werden oder dass eine Teilnahme an niedrigschwelligeren Kampfhandlungen möglich ist. Den offiziellen Statements kann man vielmehr entnehmen, dass die NATO den Krieg am Hindukusch genauso „beendet“ wird wie die USA ihre Invasion des Irak. Die führenden NATO-Vertreter erklärten in ihren Auftritten gegenüber der Presse nahezu in gleichem Wortlaut: Es *„wird auch nach 2014 noch Soldaten in Afghanistan geben“*<sup>459</sup>. Der englische Premierminister Cameron gab z.B. zu Protokoll, dass Britannien *„über das Ende der Kriegseinsätze 2015 hinaus eine Beziehung zu Afghanistan unterhalten wird, die auf Hilfe, Entwicklung, Diplomatie, Handel und, wenn es nötig sein sollte, auch auf militärischer Ausbildung und*

*Unterstützung basiert“*<sup>460</sup>. Für die deutsche Regierung ist ebenfalls klar, *„dass wir über 2014 hinaus in Afghanistan engagiert sein werden – sei es finanziell, sei es durch Aufbauhilfe, aber sicherlich auch durch Präsenz von Soldaten“*<sup>461</sup>.

US-Präsident Obama wagte es als einziger der NATO-Granden auszusprechen, dass auch Kampfverbände am Hindukusch bleiben werden. Denn die neue Kriegsstrategie wird keineswegs auf die Afghanisierung des Kriegs in der Masse beschränkt bleiben, sondern durch den Einsatz von ausländischen Spezialtruppen ergänzt: *„Ich bin davon überzeugt, dass wir nach 2014 Antiterror-Spezialkräfte vor Ort aufrechterhalten werden, bis wir sicher sein können, dass Al Quaida nicht mehr operiert und keine Bedrohung mehr für das amerikanische Territorium, die Alliierten Amerikas und das amerikanische Personal auf der Welt darstellt. Daher ist es auch entscheidend für uns, in Afghanistan Plattformen für Antiterroroperationen zu besitzen. Dasselbe gilt auch für den Irak.“*<sup>462</sup>

Die Vorteile der neuen Afghanistanstrategie für die NATO liegen auf der Hand. Die NATO-Truppen werden weniger Opfer zu verzeichnen haben und dennoch im Geheimen frei gegen „Terroristen“ – und gegen jene, die dafür gehalten werden – mit den nicht zuletzt durch die Afghanistan- und Irak-Protokolle bekannt gewordenen menschenrechtswidrigen Methoden agieren. Das afghanische Regime ist dem Westen weiterhin finanziell und militärisch ausgeliefert, während die NATO-Staaten, wie bereits erwähnt, sowohl ihre Haushalte aufpolieren und wieder über umfangreichere militärische Ressourcen verfügen können. Gleichzeitig besitzen vor allem die USA Stützpunkte in einer geostrategisch wichtigen Region, die unter anderem auch dazu dienen, den Iran militärisch einzukreisen. Darüber hinaus werden die Erdgaspipelineprojekte, die ursprünglich einmal zur Energieversorgung Chinas und des Iran durch den Süden Afghanistans gebaut werden sollten, nicht realisiert werden können, solange der Krieg in Afghanistan fortgesetzt wird.<sup>163</sup> Und sollte die aktuelle afghanische Regierung den Krieg tatsächlich für sich entscheiden, besitzen die USA so viel Einfluss, dass die Projekte dennoch nicht umgesetzt werden. Nicht zuletzt gibt der allmähliche und gesittete Rückzug der NATO aus Afghanistan ihr die Möglichkeit, ihr militärisches Scheitern zu kaschieren. Dass nun Afghanen stellvertretend für die NATO in einen Bürgerkrieg geschickt werden sollen, belegt allerdings einmal mehr die Bigotterie der einstigen Legitimation für die militärische Intervention im Namen von Menschenrechten und Demokratie.

Die taktische Anpassung der Kriegsführung in Afghanistan entspricht den Vereinbarungen zwischen der NATO und der Führung des afghanischen Regimes sowie dem Tenor des neuen strategischen Konzepts der NATO. An die Stelle direkter Kriegsbeteiligung und offensiver Einsätze treten unter dem Vorwand des Staatsaufbaus multipolare Krisenmissionen zur Unterstützung der örtlichen Satellitenregime, die die Drecksarbeit für den Westen erledigen sollen.

Der Misserfolg am Hindukusch war eines der stärksten Argumente für die internen Anhänger einer zur Effizienz- und Legitimationssteigerung stärker auf Partner setzenden NATO. Daher haben die Europäer Obamas *„politischen Richtungswechsel in der Afghanistanpolitik begrüßt“*<sup>464</sup>. Auch die Bundesregierung unterstützt, wie oben dargelegt, diesen Kurs. Wenn heute die SPD und Teile der GRÜNEN gegen den Kriegseinsatz in Afghanistan Position beziehen und einen schrittweisen Abzug sowie die Unterstützung der afghanischen Regierung fordern, liegen sie damit auf Linie der schwarz-gelben Außenpolitik und befinden sich keinesfalls in der Opposition zur herrschenden Politik.

Angesichts der zentralen Bedeutung der *„außergewöhnlichen Operation“*<sup>465</sup> für das Militärbündnis wird der Krieg in Afghanistan auch unweigerlich zur Nagelprobe für die neue NATO-Strategie. Dabei ist jedoch klar – das geht auch aus der Nationalen Sicherheitsstrategie der USA und aus Aussagen anderer Politiker wie z.B.

Angela Merkels hervor<sup>166</sup> –, dass ein Frieden für Afghanistan nicht von der Beilegung des Kriegs in Pakistan zu trennen ist. Die von den USA gemeinsam mit dem pakistanischen Geheimdienst ISI in den 1980er Jahren gegen die Sowjetunion z.T. selbst initiierten Organisationen und Gruppen bereiten der Weltmacht im Niedergang gegenwärtig eine herbe Niederlage.

Wenn Ende des nächsten Jahres auf Wunsch Hamid Karzais die dritte Afghanistankonferenz in Bonn stattfindet, wird sich eine erste Prognose darüber treffen lassen, wie realistisch der Zeitrahmen für die Übergangsphase ist, den die NATO-Staats- und Regierungschefs genannt haben. In Afghanistan herrscht mit neuer oder alter NATO-Strategie bis auf Weiteres Krieg – unter aktiver Beteiligung der Bundesrepublik, der EU und der NATO. Ein Ende ist nicht in Sicht.

### 3.5.2 Der Feind ohne Namen: Iran

Der Iran wird im neuen strategischen Konzept der NATO ebenso wenig explizit erwähnt wie andere potenzielle Feinde. Und dennoch richten sich entscheidende Teile des Papiers gegen ihn und seine Politik. Dass es der Türkei gelungen ist, eine namentliche Nennung im Text zu vermeiden, ändert wenig daran. Der französische Präsident Nicolas Sarkozy plauderte den Namen des Feindes beim Treffen der Staats- und Regierungschefs ohnehin freimütig heraus: *„In dieser Runde hier wird man den Namen doch wohl noch nennen dürfen.“*<sup>167</sup>

Dass der Iran ganz oben auf der Abschussliste steht, geht nicht zuletzt aus dem Entwurf für das neue strategische Konzept hervor. Die Albright-Kommission hatte den Iran noch aufgrund seines mutmaßlichen Strebens nach Atomwaffen, seiner geographischen Lage an wichtigen Seehandelswegen (Straße von Hormuz) sowie seinen enormen Mengen an fossilen Brennstoffen als einzigen möglichen Schauplatz für einen konventionellen Krieg der NATO im kommenden Jahrzehnt ausgemacht. Soweit gingen die Staats- und Regierungschefs in Lissabon letztlich nicht. In der Nationalen Sicherheitsstrategie legte die US-Regierung allerdings noch weitere Gründe für ihre feindselige und bellizistische Haltung gegenüber dem Iran dar: *„Die Islamische Republik Iran gefährdet seit Jahrzehnten die Sicherheit der Region und der Vereinigten Staaten. Sie kommt auch nicht ihren internationalen Verpflichtungen nach. Zusätzlich zu ihrem illegalen Atomprogramm unterstützt sie den Terrorismus, unterminiert den Frieden zwischen Israelis und Palästinensern und verweigert ihrer Bevölkerung universelle Rechte. Die vielen Jahre, in denen man sich nicht in die Politik des Iran einmischte, haben diese Trends nicht umgekehrt; im Gegenteil: das Verhalten des Iran ist noch bedrohlicher geworden.“*<sup>168</sup>

Angesichts dieser Lageeinschätzung ist es kaum verwunderlich, dass ballistische Raketen und die Proliferation von Atom- und anderen Massenvernichtungswaffen in der Gefahrenanalyse der NATO, wie sie sich im neuen strategischen Konzept wiederfindet, zuerst genannt werden. Diese Einschätzung wird durch die Ausführungen in der Nationalen Sicherheitsstrategie der USA bestätigt. Dort heißt es, dass *„es keine größere Bedrohung für die amerikanische Bevölkerung gibt als Massenvernichtungswaffen, insbesondere wenn gewalttätige Extremisten oder weitere Staaten versuchen, Atomwaffen in ihre Hände zu bekommen.“*<sup>169</sup>

Die neue US-Regierung unterscheidet sich in ihrer Iranpolitik von ihrer Vorgängerin unter George Bush jr. nur graduell und trägt ihre Positionen auch massiv in die NATO.<sup>170</sup> Obamas Administration begegnet Nordkorea und dem Iran ebenfalls keineswegs auf Augenhöhe, sondern stellt sie vor die Wahl „für-uns-oder-gegen-uns“: *„Wenn Nordkorea sein Atomwaffenprogramm aufgibt und der Iran seinen internationalen Verpflichtungen in Bezug auf sein Atomprogramm nachkommt, können sie weiter den Pfad größerer politischer*

*und ökonomischer Integration in die internationale Gemeinschaft beschreiten. Wenn sie jedoch ihre internationalen Verpflichtungen ignorieren, werden wir vielfältige Maßnahmen ergreifen, um sie zu isolieren und sie zur Einhaltung der internationalen Normen zur Nichtverbreitung zu bringen.“*<sup>171</sup>

Der Versuch, den Iran zu isolieren, ist bereits weit vorangeschritten und ähnelt dem Isolationsprozess des irakischen Regimes von Saddam Hussein. Die militärische Einkreisung durch potenziell feindliche Truppen und deren Verbündete flankieren ökonomische Sanktionen durch den UN-Sicherheitsrat im Juni und die EU im Juli 2010. Auf der Ebene der Vereinten Nationen ist es die vierte Sanktionsrunde und die EU beschloss die striktesten Handelsbeschränkungen ihrer Geschichte, die ebenso wie die von den USA verhängten Sanktionen die UN-Maßnahmen in ihrer Schärfe noch übertreffen. Laut den führenden Mächten im Sicherheitsrat und der EU sollen diese Auflagen den Iran dazu bringen, im Streit um sein mutmaßliches Atomprogramm nachzugeben, das, so zumindest lautet die Anschuldigung, auch den Bau einer Atombombe erlauben soll.<sup>172</sup> De facto laufen die Embargos aber auf eine militärische und ökonomische Schwächung des Iran hinaus, die zur Verstärkung der Armut in der Bevölkerung und zur Repression im Inneren beitragen werden.

Die NATO steuert ihren Beitrag zur Vorbereitung eines möglichen weiteren Krieges oder zumindest militärischer Operationen bei. Während die USA die atomare Abschreckung und den Einsatz gegen Staaten nicht ausschließen, die ihrer Meinung nach gegen den Atomwaffensperrvertrag verstoßen, rüstet sich die NATO vor allem gegen potenzielle Angriffe durch den Iran mit ballistischen Raketen – mit oder ohne atomaren Sprengkopf – mit Hilfe des neuen Raketenabwehrsystems. Der französische Staatspräsident Sarkozy sagte während der Pressekonferenz, ohne ein Blatt vor den Mund zu nehmen: *„Die Bedrohung durch einen Raketenbeschuss geht vom Iran aus.“*<sup>173</sup> Auch der englische Premierminister sprach den Adressaten des Raketenabwehrsystems in seiner Rede im House of Commons, einer der beiden Kammern des britischen Parlaments, offen aus: *der Raketenschild helfe, der „wachsenden Bedrohung durch Staaten wie den Iran, die ballistische Raketen entwickeln“*<sup>174</sup>, zu begegnen. Gemeint ist hiermit, dass die NATO, hätte sie ein Raketenschild, den Iran mit weitaus geringeren Verlusten angreifen könnte als ohne einen solchen Schutz. Dementsprechend schlussfolgerte die größte türkische Tageszeitung: *„Die Bedenken der NATO-Mitglieder über das kontroverse Nuklearprogramm des Landes war der entscheidende Grund, um die Umsetzung des Raketenschildes zu beschleunigen.“*<sup>175</sup> Eine plausible Erklärung, weshalb das iranische Regime, im Wissen um seine daraufhin mit einiger Sicherheit erfolgende Auslöschung, „aus heiterem Himmel“ eine Aggression gegen einen NATO-Staat vom Zaun brechen sollte, bleiben die NATO-Offiziellen jedoch schuldig.

Der Iran, folgt man der US-Argumentation, erfüllt gleich mehrere der Kriterien zur Feindbestimmung, wie sie im neuen Strategiekonzept der NATO aufgeführt werden. Ob die NATO deswegen aber einen Krieg ernsthaft in Erwägung zieht, kann abschließend nicht zuverlässig prognostiziert werden. Auch wenn der politische Boden für ein militärisches Vorgehen durch eine aggressive Propaganda bereitet worden ist, die sich sowohl aus islamophoben Ideologemen als auch aus Holocaustrelativierungen – der Journalist Henryk M. Broder vergleicht z.B. einen möglichen iranischen Angriff auf Israel mit der singulären Vernichtung der Juden durch Nazi-Deutschland<sup>176</sup> – und instrumentalisiert Antisemitismuskritik speist<sup>177</sup>, ist ein Krieg in naher Zukunft nicht absehbar. Die enorme politische Sprengkraft einer solchen Konfrontation in der Region, die Auslastung der militärischen Kapazitäten der NATO, ihre negativen Erfahrungen aus den Einsätzen in Afghanistan und im Irak, die erdrückende Haushaltslage der NATO-Mitglieder – insbesondere

der USA –, eine mögliche dissidente Haltung der Türkei innerhalb der NATO und daran anschließende interne Streitigkeiten im Falle eines Konflikts, die zurückhaltendere Position der EU gegenüber einer offensiven Intervention und weitere Gründe sprechen gegen einen zusätzlichen Krieg unter US-Führung im Nahen Osten.

Dennoch lassen die strategischen Bestimmungen der NATO und ihrer Mitglieder, die konkreten politischen Schritte der internationalen Politik, das propagandistische Tamtam im Namen der in Mythen verwandelten aufklärerischen Ideale von Freiheit, Demokratie und Menschenrechten und die Analyse imperialistischer Interessen auch einen gegenteiligen Schluss zu.

### 3.6 Von Werten und Prinzipien: westliche Leitkultur als ideologisches Beiwerk zum imperialistischen Krieg

Das neue NATO-Strategiepapier „*Active Engagement, Modern Defence*“ beginnt und endet mit der Invokation westlicher Werte und Prinzipien, sie bilden also den Rahmen für die strategischen Bestimmungen des Kriegsverbündnisses. Sie sind aber nicht nur im übertragenen Sinne ihr Ausgangs- und Endpunkt, sondern sowohl für den Rückhalt an der Heimatfront als auch für die Legitimation und die ideologische Mobilisierung der Menschen in der westlichen Welt für die NATO-Kriege unerlässlich. Da nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion die neuen politisch-ökonomischen und zunehmend militärischen Machtzentren der Welt aus unterschiedlichen Kulturkreisen stammen, nimmt die kulturelle Differenz in wachsendem Maße den Platz der ehemaligen politisch-ideologischen Unterscheidung als zentralem Propagandainstrument ein.

Vor allem die US-Regierung macht deutlich, dass die Beibehaltung westlicher Werte Teil ihrer Sicherheitspolitik ist. In ihrer Nationalen Sicherheitsstrategie zählen die USA den „*Respekt für universelle Werte*“<sup>478</sup> noch vor der Erneuerung ihres internationalen Führungsanspruchs zu den vier zentralen Interessen US-amerikanischer Sicherheitspolitik.

Im strategischen Konzept heißt es zu Beginn, die NATO sei „*eine unvergleichliche Gemeinschaft der Freiheit, des Friedens, der Sicherheit und gemeinsamer Werte*“<sup>479</sup>. Und der letzte Absatz des Dokuments bestätigt diese Beschreibung ausführlich: „*Unsere Allianz sprudelt als Quelle der Hoffnung, weil sie auf den gemeinsamen Werten individueller Freiheit, der Demokratie, Menschenrechten und der Herrschaft des*

*Gesetzes basiert und weil sie den gemeinsamen essenziellen und anhaltenden Zweck verfolgt, die Freiheit und die Sicherheit ihrer Mitglieder zu sichern. Diese Werte und Ziele sind universell und ewig und wir sind dazu bestimmt, sie (...) zu verteidigen.*“<sup>480</sup>

Ohne den Stellenwert solch pathetischer Formulierungen überzubewerten, ist ihre Funktion als gesellschaftlich-ideologischer Kit und Mittel zur Mobilisierung kaum zu bestreiten. Man muss sich nur die Frage stellen, ob die USA und die westeuropäischen Staaten in der Lage gewesen wären, den Afghanistankrieg legitimieren zu können, ohne einst emanzipatorischer Forderungen nach Demokratie, Menschen- und insbesondere Frauenrechten zu instrumentalisieren.

### 4. Die NATO nach Lissabon – eine Allianz für das 21. Jahrhundert?

Trotz aller Inszenierungen, blumiger Worte – für Angela Merkel hat die NATO „*den Schritt ins 21. Jahrhundert*“<sup>481</sup> gemacht – und einer neuen Strategie für die kommenden zehn Jahre: die Wiedergeburt der NATO in Lissabon misslang.

Zwar applaudierte der Koordinator für Außen- und Sicherheitspolitik der „Konrad Adenauer Stiftung“, Dr. Patrick Keller, brav seiner Kanzlerin: „*Mit dem neuen Strategischen Konzept erweist sich die NATO als lebendiges Bündnis auf der Höhe der Zeit.*“<sup>482</sup> Wesentlich sachlicher schätzten hingegen die tschechischen Experten Ondřej Ditrych and Vít Stráček in der „Prager Post“ den Stellenwert des Papiers und seine Aussagen ein. Das neue Konzept sei „*kein bahnbrechendes strategisches Dokument*“<sup>483</sup>. Nüchtern und wahrheitsgetreu konstatierte auch der bereits erwähnte Sprecher des deutschen Think Tanks „Stiftung Wissenschaft und Politik“, Markus Kaim, gegenüber der „Tagesschau“: „*Ich glaube, die NATO hat jetzt einen Weg eingeschlagen, der den Pfad fortführt, den sie in den vergangenen Jahren gegangen ist. Letztlich ist die NATO in Lissabon nicht neu erfunden worden.*“<sup>484</sup>

Ob sich Barack Obamas Wunsch erfüllt, die NATO möge „*in diesem Jahrhundert nichts von ihrer Relevanz verlieren*“<sup>485</sup>, muss sich angesichts der ökonomisch und militärisch aufsteigenden neuen imperialistischen Mächte China, Indien, Brasilien, Russland und der EU, dem weiterhin nicht besonders erfolgreichen Krieg in Afghanistan sowie der Stagnation innerhalb der NATO erst noch



bewahrheiten – vom Anspruch, „die globale Führungsrolle der USA zu erneuern“<sup>186</sup>, ganz zu schweigen.

Statt auf eine grundlegende Neuausrichtung einigten sich die Vertreter der 28 Mitgliedsstaaten auf Reformen der NATO, die allerdings nicht zu unterschätzen sind. Auch in Zukunft werden transatlantische Interessen mit Waffengewalt wahrgenommen – nur nicht immer direkt von NATO-Soldaten. An die Stelle unilateraler Feldzüge der USA und ihrer Claqueure werden in naher Zukunft vorrangig Einsätze in multilateralen Verbänden und in Absprache mit anderen entscheidenden staatlichen und nicht-staatlichen Akteuren der internationalen Politik treten, mit denen die NATO den „neuen Bedrohungen und Herausforderungen“<sup>187</sup> überwiegend „durch Krisenmanagement“<sup>188</sup> begegnen will. „Peace keeping“ oder „stabilizing missions“ werden zwar nicht ausreichen, um einen Konflikt mit dem Iran notfalls militärisch zu lösen bzw. die Ausdehnung der regionalen Macht des Iran einzudämmen – einzelne Militärschläge aber eventuell schon. „Operationen außerhalb der NATO-Grenzen wie in Afghanistan“, so kommentiert einer der führenden EU-Strategen die NATO-Strategie, „werden eher die Ausnahme als die Regel in der Zukunft der NATO sein“<sup>189</sup>. Vor allem wird die NATO ihre Spezialkräfte in Kriege schicken, die – wie in Afghanistan – in der nächsten Zeit hauptsächlich von einheimischen Marionettenregimes ausgefochten werden sollen. Diese Verbündeten will die NATO verstärkt von NATO-Soldaten und -Polizisten der Mitgliedsstaaten in den Konfliktregionen ausbilden und finanzieren lassen.<sup>190</sup>

Die „nächste Phase in der Evolution der NATO“<sup>191</sup> – ihr taktisches Readjustment – wird also geprägt sein vom Imperialismus europäischen Charakters. Die Positionsverschiebungen der US-Regierung

gegenüber der Bush-Administration haben allerdings ebenso dazu beigetragen wie die Erfahrungen bzw. Beanspruchung der NATO in Afghanistan und der „Koalition der Willigen“ im Irak und die größte Weltwirtschaftskrise seit 1929. Eine erste Zwischenbilanz ihrer neuen Strategie werden die Staats- und Regierungschefs 2012 beim nächsten NATO-Gipfeltreffen in den USA ziehen können.

Die Anpassung der NATO-Strategie bedeutet allerdings „nicht, dass die NATO nach oder zusätzlich zum Afghanistan- und zum Kosovo-Einsatz keine militärischen Operationen mehr durchführt“<sup>192</sup>, wie der irische Experte für Sicherheitspolitik der EU, Daniel Keohane, richtig bemerkt. Auch ein hochrangiger US-Offizieller ließ gegenüber Pressevertretern der „New York Times“ während des Gipfels im November keinen Zweifel daran, dass das Militärbündnis seine Kriegslinie auch in den nächsten zehn Jahren gewiss nicht aufgeben wird: „Niemand sollte die Beschlüsse von Lissabon so interpretieren, dass die Kämpfe vorüber sind. Viele harte Auseinandersetzungen liegen noch vor uns.“<sup>193</sup>

Allerdings sind „militärische Interventionen“, so formuliert es der US-amerikanische Wirtschaftsgeograf und Imperialismustheoretiker David Harvey, lediglich „die Spitze des imperialistischen Eisbergs“<sup>194</sup> und nicht immer das beste Mittel, um seine Ziele zu erreichen. Während die NATO ihr Instrumentarium daher wieder diversifiziert und „die Welt sich verändert, bleibt die wesentliche Aufgabe der NATO dieselbe“<sup>195</sup>. Auch der neue westliche Imperialismus des kommenden Jahrzehnts dient der Ausdehnung ökonomischer Ausbeutung zwecks Profitmaximierung und dem Erhalt der kapitalistischen Produktionsweise unter der politischen Dominanz der herrschenden Klassen der USA und EU.

## Anmerkungen:

1 Heads of State and Government: Strategic Concept For the Defence and Security of The Members of the North Atlantic Treaty Organisation – Active Engagement, Modern Defence. Lissabon 2010, URL: <http://www.nato.int/lisbon2010/strategic-concept-2010-eng.pdf> (in der Folge abgekürzt: SK)

2 SK: 11

3 Patrick Keller: Die Selbstvergewisserung der NATO: Das neue Strategische Konzept. In Konrad Adenauer Stiftung (Hg.): Analysen & Argumente. Ausgabe 86. Berlin 2010, URL: [http://www.kas.de/wf/doc/kas\\_21193-544-1-30.pdf?101122130004](http://www.kas.de/wf/doc/kas_21193-544-1-30.pdf?101122130004)

4 Marie von Clausewitz (Hg.): Vom Kriege. Hinterlassenes Werk des Generals Carl von Clausewitz. Band 1. Berlin 1832–1834. 1, 24

5 President of the United States of America Barack Obama: National Security Strategy. Washington D.C. 2010. S. 41, URL: [http://www.whitehouse.gov/sites/default/files/rss\\_viewer/national\\_security\\_strategy.pdf](http://www.whitehouse.gov/sites/default/files/rss_viewer/national_security_strategy.pdf) (in der Folge abgekürzt: NSS)

6 NSS: 23

7 SK: 1

8 Beide Zitate: NSS: 46

9 NSS: 1

10 Álvaro de Vasconcelos: Introduction: Why an EU perspective on the NATO strategic concept matters. In: European Union Institute for Security Studies: What do Europeans want from NATO? Report Nr. 8. Paris 2010. S. 5 (in der Folge abgekürzt: ISS)

11 Anders Fogh Rasmussen: Monthly Press Briefing. Brüssel 15.11.2010, URL: [http://www.nato.int/cps/en/natolive/opinions\\_68225.htm?selectedLocale=en](http://www.nato.int/cps/en/natolive/opinions_68225.htm?selectedLocale=en)

htm?selectedLocale=en

12 Anders Fogh Rasmussen: The New Strategic Concept: Active Engagement, Modern Defence. Rede beim German Marshall Fund of the United States. 8.10.2010, URL: [http://www.nato.int/cps/en/SID-3D4A4EBD-3F6CB9AE/natolive/opinions\\_66727.htm?](http://www.nato.int/cps/en/SID-3D4A4EBD-3F6CB9AE/natolive/opinions_66727.htm?)

13 NATO Public Diplomacy Division: NATO 2020: Assured Security; Dynamic Engagement – Analysis and Recommendations of the Group of Experts on a New Strategic Concept for NATO. Brüssel 2010, URL: <http://www.nato.int/strategic-concept/expertsreport.pdf>, S. 9 (in der Folge abgekürzt: NATO 2020)

14 Unter „Bündnisfall“ wird laut Artikel 5 des Nordatlantikvertrags die Feststellung eines direkten Angriffs auf das Territorium der NATO durch die NATO-Mitglieder verstanden, gegen den die NATO sich kollektiv verteidigen muss, sofern das betroffene Mitglied es einfordert. Der Bündnisfall wurde zum ersten Mal nach dem 11. September 2001 und vor dem Afghanistankrieg ausgerufen. Allerdings in diesem Zusammenhang gerade auch mit Blick auf den Krieg in Afghanistan wichtig, dass es auch bei einer Ausrufung des Bündnisfalls jedem Mitgliedsland weiter selbst überlassen bleibt, welchen Beitrag es zu leisten gewillt ist: keinesfalls entsteht also die Verpflichtung, sich an einem NATO-Krieg in jeder nur erdenklichen Weise auch gegen den eigenen Willen zu beteiligen.

15 Angela Merkel: Handlungsfähigkeit der NATO stärken. Rede zum 50jährigen Jubiläum der Deutsch-atlantischen Gesellschaft. Berlin 2006, URL: <http://www.deutscheatlantischegesellschaft.de/cms/upload/reden/redemerkel.pdf>; Der aktuelle Bundesverteidigungsminister zu

Guttenberg ist sogar der Meinung, Merkels Einschätzung sei noch zu schwach. Er spricht davon, dass der Afghanistaneinsatz wenn „überhaupt ein Lackmustest ist, dann einer für die gesamte internationale Gemeinschaft.“ Karl-Theodor Freiherr zu Guttenberg. Rede zur Fortsetzung der Beteiligung der Bundeswehr am Einsatz der Internationalen Sicherheitsunterstützungstruppe in Afghanistan (ISAF) unter Führung der NATO vor dem Deutschen Bundestag. 26.11.2009, URL: [http://www.bundesregierung.de/nn\\_774/Content/DE/Bulletin/2009/11/119-2-bmvg-br-isaf.html](http://www.bundesregierung.de/nn_774/Content/DE/Bulletin/2009/11/119-2-bmvg-br-isaf.html)

16 Vgl. Redaktion Onlinezeitung Schattenblick: Tobias Pflüger konterkariert Europas Weltmachtstreben, URL: <http://www.schattenblick.net/infopool/politik/report/prber045.html>, Tobias Pflüger: NATO und EU Hand in Hand, URL: <http://www.imi-online.de/2010.php?id=2203>, Sabine Lösung und Jürgen Wagner: EU-Militarisierung. Ein Blick in die Kristallkugel. In: Ausdruck Nr. 1. Tübingen 2010, URL: <http://imi-online.de/download/SL-JW-EuMil-AusdruckFeb2010.pdf>

17 Eine graphische Aufstellung aller EU-Mission findet sich hier: <http://www.consilium.europa.eu/showPage.aspx?id=268&lang=de>

18 NSS: 2

19 NSS: Vorwort

20 Für die Entwicklung Chinas siehe z.B.: Christian Stache: Neuer Imperialismus ohne Krieg? Chinas Sicherheits- und Verteidigungspolitik. In: analyse & kritik. Nr. 552. Hamburg 20.8.10. S. 5

21 Jürgen Wagner: Metamorphose der Geopolitik. Westlicher Vormachtanspruch und der drohende Neue Kalte Krieg, URL: <http://www.>

- imi-online.de/download/JW-KDoku-2009.pdf
- 22 NATO 2020: 8
- 23 NATO 2020: 7
- 24 Madeleine Albright und Jereon van der Veer: Letter to the Secretary General of the NATO. Brüssel 2010, URL: [http://www.nato.int/strategic-concept/pdf/experts\\_letter.pdf](http://www.nato.int/strategic-concept/pdf/experts_letter.pdf)
- 25 NATO 2020: 19
- 26 NATO 2020: 20
- 27 NATO 2020: 17
- 28 NATO 2020: 12
- 29 NATO 2020: 22
- 30 NATO 2020: 22
- 31 NATO 2020: 8
- 32 Vgl. z.B. Timo Noetzel und Sibylle Scheipers: Die NATO in Afghanistan. Das Bündnis und die Grenzen seiner Strategiefähigkeit. Berlin 2007. Knut Mellenthin: „Kollateralschäden“. Von Wikileaks veröffentlichte Geheimdokumente geben Aufschluß über zivile Opfer der Aufstandsbekämpfung in Afghanistan. In: junge Welt. Berlin 28.07.2010; Hauke Friedrichs: Kommunikationsproblem Afghanistan-Einsatz. ZEIT-Online. 20.05.2010
- 33 NATO 2020: 14
- 34 Rasmussen a.a.O.
- 35 Thomas L. Friedman: Globalisierung verstehen. München 2000. S. 570f.
- 36 Ralf Neukirch und Ulrike Demmer: NATO sucht Gegner. Spiegel online. 18.11.2010, URL: <http://www.spiegel.de/politik/ausland/0,1518,729439,00.html>
- 37 NATO-Pressemitteilung: NATO adopts new Strategic Concept. 19.11.2010, URL: [http://www.nato.int/cps/en/natolive/news\\_68172.htm](http://www.nato.int/cps/en/natolive/news_68172.htm)
- 38 Die NATO wurstelt herum – Pressestimmen zum Nato-Gipfel. Financial Times Deutschland. 22.11.2010, URL: <http://www.ftd.de/politik/international/:pressestimmen-zum-nato-gipfel-die-nato-wurstelt-herum/50197145.html>
- 39 Serkan Demirtas: Turkey unshielded from NATO debate. In: Hürriyet Daily News. 21.11.2010, URL: <http://www.hurriyetdailynews.com/n.php?n=nato-summit-flares-up-new-round-of-turkey-centred-negotiations-2010-11-21>
- 40 Keller a.a.O.
- 41 Tobias Pflüger: „Die neue NATO-Strategie ist noch schlimmer als erwartet.“ In: junge Welt. Berlin 22.11.2010, URL: <http://www.jungewelt.de/2010/11-22/034.php>
- 42 SK: 2
- 43 SK: 3
- 44 Wer steckt hinter dem Cyberangriff auf Estland? In: Der Spiegel. Nr. 21. Hamburg 2007, URL: <http://www.spiegel.de/spiegel/print/d-51644730.html>
- 45 SK: 4
- 46 Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie: Die Rohstoffstrategie der Bundesregierung. Sicherung einer nachhaltigen Rohstoffversorgung Deutschlands mit nicht-energetischen mineralischen Rohstoffen. Berlin 2010, URL: <http://www.bmwi.de/Dateien/BMWi/PDF/rohstoffstrategie-der-bundesregierung.property=pdf,bereich=bmwi,sprache=de,rwb=true.pdf>
- 47 NSS: 32
- 48 SK: 4
- 49 SK: 5
- 50 SK: 5
- 51 SK: 6
- 52 SK: 10
- 53 Ondřej Ditrych und Vít Střítecký: Beyond borders: A deeper look at the new NATO strategy shows subtle but significant shifts to cope with global security challenges amid economic crisis. In: Prague Post. 24.11.2010, URL: <http://www.praguepost.com/print/6529-beyond-borders.html>
- 54 Henning Rieke: Weltweite Verteidigung – Die neue NATO-Strategie. 19.11.2010, URL: [http://ausenpolitik.net/themen/sicherheitspolitik/nato/weltweite\\_verteidigung-die\\_neue\\_nato-strategie/](http://ausenpolitik.net/themen/sicherheitspolitik/nato/weltweite_verteidigung-die_neue_nato-strategie/)
- 55 N24: Neue Raketenabwehr und atomwaffenfreie Welt. 21.11.2010, URL: [http://www.n24.de/news/newsitem\\_6460776.html](http://www.n24.de/news/newsitem_6460776.html)
- 56 SK: 1
- 57 SK: 1
- 58 SK: 4
- 59 SK: 4
- 60 SK: 4
- 61 Nicolas Sarkozy: Mitschrift der Pressekonferenz beim NATO-Gipfel. 20.11.2010, URL: <http://www.elysee.fr/president/les-actualites/conferences-de-presse/2010/sommet-de-l-otan-conference-de-presse-de-m-le.10064.html>
- 62 Sally McNamara und Baker Spring: After Lisbon, NATO Must Get Missile Defense Right. 24.11.10, URL: <http://www.heritage.org/Research/Reports/2010/11/After-Lisbon-NATO-Must-Get-Missile-Defense-Right>
- 63 Hans Kristensen: NATO Strategic Concept: One Step Forward and a Half Step Back. 19.11.2010, URL: <http://www.fas.org/blog/ssp/2010/11/nato2010.php>
- 64 SK: 5
- 65 Sarkozy a.a.O.
- 66 Tagesschauinterview mit Markus Kaim von der Stiftung Wissenschaft und Politik, 20.11.2010, URL: [http://www.tagesschau.de/multimedia/video/ondemand100\\_id-video811262.html](http://www.tagesschau.de/multimedia/video/ondemand100_id-video811262.html)
- 67 Demirtas a.a.O.
- 68 Markus Becker: Tarnkappen-Drohnen sollen Atomraketen abschießen. Spiegel online 11.11.2010, URL: <http://www.spiegel.de/wissenschaft/technik/0,1518,727263,00.html>
- 69 Ditrych/Střítecký a.a.O.
- 70 Nicht notwendig und zu teuer? Die geplante NATO-Raketenabwehr. Gespräch mit Dr. Bernd W. Kubbig, Hessische Stiftung Friedens- und Konfliktforschung In: NDR Info: Streitkräfte und Strategien. 6.11.2010, URL: <http://www.ag-friedensforschung.de/themen/Raketen/nato2.html>
- 71 Neukirch/Demmer a.a.O.
- 72 McNamara/Spring a.a.O.
- 73 David Cameron: Mitschrift der Pressekonferenz beim NATO-Gipfel in Lissabon am 20.11.2010, URL: <http://www.number10.gov.uk/news/speeches-and-transcripts/2010/11/press-conference-at-nato-summit-57371>
- 74 McNamara/Spring a.a.O.
- 75 Vgl. Bundesministerium der Verteidigung: Weißbuch 2006 zur Sicherheit Deutschlands und zur Zukunft der Bundeswehr. Berlin 2006. S. 29, URL: [http://merln.ndu.edu/whitepapers/Germany\\_Weissbuch\\_2006\\_oB\\_sig.pdf](http://merln.ndu.edu/whitepapers/Germany_Weissbuch_2006_oB_sig.pdf)
- 76 SK: 6
- 77 SK: 6
- 78 Nicole Gnesotto: The EU and NATO: beyond appearances. In: European Union Institute for Security Studies: What do Europeans want from NATO? Report Nr.8. Paris 2010. S. 11 (in der Folge abgekürzt: ISS)
- 79 SK: 7
- 80 SK: 7
- 81 Rieke a.a.O.
- 82 Angela Merkel: Mitschrift der Pressekonferenz beim NATO-Gipfel in Lissabon am 20.11.2010, URL: [http://www.bundeskanzlerin.de/nn\\_683698/Content/DE/Mitschrift/Pressekonferenzen/2010/11/2010-11-20-pk-nato-gipfel-bk-aa-bmvg.html](http://www.bundeskanzlerin.de/nn_683698/Content/DE/Mitschrift/Pressekonferenzen/2010/11/2010-11-20-pk-nato-gipfel-bk-aa-bmvg.html)
- 83 SK: 7
- 84 NSS: 1
- 85 Rieke a.a.O.
- 86 Matthias Gebauer: Westerwelle brüstet sich mit Abrüstungsvision. Spiegel online 19.11.2010, URL: <http://www.spiegel.de/politik/ausland/0,1518,730185,00.html>
- 87 Gebauer a.a.O.
- 88 Beide Zitate: SK: 8
- 89 SK: 6
- 90 SK: 7
- 91 NSS: 14
- 92 Julian Borger: Nato's tactical nuclear weapons: the new doctrine. In: The Guardian. 21.11.2010, URL: <http://www.guardian.co.uk/world/julian-borger-global-security-blog/2010/nov/21/nato-nuclear-weapons>
- 93 Barack Obama. Mitschrift der Pressekonferenz beim NATO-Gipfel in Lissabon am 20.11.2010, URL: <http://www.whitehouse.gov/the-press-office/2010/11/20/press-conference-president-after-nato-summit>
- 94 Cameron a.a.O.
- 95 Vgl. David Harvey: Der neue Imperialismus. Hamburg 2005.
- 96 NSS: 24
- 97 SK: 8
- 98 SK: 8
- 99 SK: 10
- 100 Ditrych/Střítecký a.a.O.
- 101 SK: 10
- 102 SK: 9
- 103 SK: 8
- 104 ISS: 6
- 105 NSS: 18
- 106 SK: 2
- 107 SK: 9
- 108 SK: 9
- 109 NSS: 42
- 110 ISS: 10
- 111 ISS: 10
- 112 Gregor Peter Schmitz: USA spotten über Zwergenmacht Europa. Spiegel online 09.12.2010, URL: <http://www.spiegel.de/politik/ausland/0,1518,728613,00.html>
- 113 ISS: 9
- 114 ISS: 11-12
- 115 SK: 9
- 116 SK: 9
- 117 ISS: 10
- 118 Ditrych/Střítecký a.a.O.
- 119 Sally McNamara: Obama Gets Mixed Results at NATO Summit. 20.11.10, URL: <http://blog.heritage.org/?p=47030>
- 120 Merkel a.a.O.
- 121 SK: 10
- 122 SK: 7
- 123 SK: 10
- 124 N24 a.a.O.
- 125 Neukirch/Demmer a.a.O.
- 126 Neukirch/Demmer a.a.O.

- 127 Teija Tiliikainen: The EU, NATO and Russia. In: European Union Institute for Security Studies: What do Europeans want from NATO? Report Nr. 8. Paris 2010, S. 21 (in der Folge abgekürzt: ISS), URL: [http://www.iss.europa.eu/uploads/media/Report\\_8-What\\_do\\_Europeans\\_want\\_from\\_NATO.pdf](http://www.iss.europa.eu/uploads/media/Report_8-What_do_Europeans_want_from_NATO.pdf)
- 128 NSS: 44
- 129 Kaim a.a.O.
- 130 Rieke a.a.O.
- 131 Obama Pressekonferenz a.a.O.
- 132 ISS: 21
- 133 ISS: 7
- 134 Rieke a.a.O.
- 135 NSS: 44
- 136 ISS: 6
- 137 Sarkozy a.a.O.
- 138 yes/dpa/Reuters/dapd: Putin träumt vom gemeinsamen Markt. Spiegel online 25.11.2010, URL: <http://www.spiegel.de/wirtschaft/soziales/0,1518,731063,00.html>; mik/Reuters: Schröder wirbt für Putins Freihandelszone. Spiegel online 25.11.2010, URL: <http://www.spiegel.de/wirtschaft/soziales/0,1518,731156,00.html>
- 139 Sarkozy a.a.O.
- 140 SK: 5
- 141 böI/dpa: Karzai lässt Merkel eiskalt abblitzen. Spiegel online 18.12.2010, URL: <http://www.spiegel.de/politik/ausland/0,1518,735466,00.html>
- 142 SK: 6
- 143 „Wir sind alle Taliban“ – Ein Gespräch mit Martin Baracki. Interview mit Martin Baracki. In: Hintergrund: Deutschland im Krieg. 1./2. Quartal 2010. S. 14-16
- 144 Merkel a.a.O.
- 145 Matthias Gebauer: Petraeus warnt vor Abzugs-Illusionen. Spiegel online 23.11.2010, URL: <http://www.spiegel.de/politik/deutschland/0,1518,730802,00.html>
- 146 Beide Zitate: Merkel a.a.O.
- 147 Merkel a.a.O.
- 148 ore/AFP/dpa: Petraeus zweifelt an Truppenabzug 2014. Spiegel online 06.12.2010, URL: <http://www.spiegel.de/politik/ausland/0,1518,733196,00.html>
- 149 Cameron a.a.O.
- 150 Merkel a.a.O.
- 151 Cameron a.a.O.
- 152 Obama Pressekonferenz a.a.O.
- 153 Obama Pressekonferenz a.a.O.
- 154 Merkel a.a.O.
- 155 Sarkozy a.a.O.
- 156 Kaim a.a.O.
- 157 SK: 11
- 158 Obama Pressekonferenz a.a.O.
- 159 Merkel a.a.O.
- 160 Cameron a.a.O.
- 161 Merkel a.a.O.
- 162 Obama Pressekonferenz a.a.O.
- 163 Vgl. Lühr Henken: Der Fall Afghanistan. Deutsche Interessen am Hindukusch. Noch unveröffentlicht.
- 164 McNamara a.a.O.
- 165 NATO 2020: 32
- 166 NSS: 5 und Merkel a.a.O.
- 167 Gebauer a.a.O.
- 168 NSS: 26
- 169 NSS: 4
- 170 Vgl. z.B. Peter Rudolf und Sascha Lohmann: Amerikanische Iranpolitik unter Barack Obama. SWP-Studie. Berlin 2010, URL: [http://www.swp-berlin.org/fileadmin/contents/products/studien/2010\\_S21\\_rdf\\_lohmann\\_ks.pdf](http://www.swp-berlin.org/fileadmin/contents/products/studien/2010_S21_rdf_lohmann_ks.pdf)
- 171 NSS: 24
- 172 Der freie Journalist Knut Mellenthin dokumentiert mit seiner Berichterstattung ziemlich klar die Doppelmoral, mit der dem Iran begegnet wird. Seine Artikel sind mit einigem zeitlichen Abstand auf seiner Internetseite online nachzulesen: <http://www.knutmellenthin.de/>
- 173 Sarkozy a.a.O.
- 174 Cameron a.a.O.
- 175 Demirtas a.a.O.
- 176 Broder-Interview Teil 2: Über Ahmadinedschad und das schlechte Gewissen der Europäer. In: Ruhrbarone. 04.04.2009, URL: <http://www.ruhrbarone.de/broder-interview-teil-2-henrykm-broder-uber-die-verbrehen-ahmadinedschad-s-den-antisemitismus-der-deutschen-linken-und-das-schlechte-gewissen-der-europaer>; Für weitere Beispiele siehe: Daniel Bax: Wir Israelversteher. In: taz. 27.07.2010, URL: <http://www.taz.de/1/debatte/kommentar/artikel/1/wir-israelversteher>; Benny Morris: Der zweite Holocaust. In: Welt Online. 06.01.2007, URL: [http://www.welt.de/print-welt/article706570/Der\\_zweite\\_Holocaust.html](http://www.welt.de/print-welt/article706570/Der_zweite_Holocaust.html); Dr. Mathias Döpfner, Vorstandsvorsitzender der Axel Springer AG, vergleicht Achmadinedschad mit Hitler: „Die Auschwitz-Pläne gehören nach Yad Vashem.“. Interview in: Yedioth Achro-noth. In deutscher Sprache erschienen unter: <http://www.bild.de/BILD/politik/2010/01/27/shimon-peres-in-deutschland-berlin-rede/mathias-doepfner-interview/die-auschwitz-plaene-gehoeren-nach-yad-vashem.html>
- 177 Da eine ausführlichere Diskussion dieser drei Themen dringend geboten ist, sie an dieser Stelle aber zu weit führen würde, vgl. z.B. Sabine Schiffer: Kulturkampf als Mittel der Kriegspropaganda. Institut für Medienverantwortung. Vortragsmanuskript. Kassel 06.12.2009; Sabine Schiffer nimmt Islamfeindlichkeit der Medien aufs Korn. Islamophobie als Mittel der (Kriegs)Propaganda. In: Redaktion Schattenblick Onlinezeitung, URL: <http://www.schattenblick.de/infopool/politik/report/prber043.html>; Moshe Zuckermann: „Antisemit!“ Ein Vorwurf als Herrschaftsinstrument. Wien 2010.
- 178 NSS: 17
- 179 SK: 1
- 180 SK: 11
- 181 Angela Merkel: Neue Antworten auf neue Bedrohungen. 20.11.2010, URL: <http://www.bundeskanzlerin.de/Content/DE/Artikel/2010/11/2010-11-20-nato-gipfel-nsk.html>
- 182 Keller a.a.O.
- 183 Ditrych/Střítecký a.a.O.
- 184 Kaim a.a.O.
- 185 Barack Obama: Europa und Amerika – gemeinsam auf die Zukunft ausgerichtet. In: Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung. Nr. 46. 21.11.2010 S. 5
- 186 NSS: 1
- 187 NATO a.a.O.
- 188 SK: 6-7
- 189 ISS: 5
- 190 Jonna Schürkes hat diese Verschiebung der Taktik in einem Artikel in der jungen Welt anschaulich dargelegt: Jonna Schürkes: „Die Leute vor Ort machen die Drecksarbeit...“ In: junge Welt. 25.11.2010, URL: <http://www.jungewelt.de/2010/11-25/023.php>
- 191 SK: 1
- 192 Daniel Keohane: Conclusion: The EU and NATO's future. In: European Institute for Security Studies: What do Europeans want from NATO? Report Nr. 8. Paris 2010. S. 27
- 193 Judy Dempsey: NATO Sees Long-Term Role After Afghan Combat. In: New York Times. 20.11.2010, URL: <http://www.nytimes.com/2010/11/21/world/europe/21nato.html?pagewanted=2>
- 194 David Harvey: Der neue Imperialismus. Hamburg 2005. S. 177
- 195 SK: 1

## Information

Die Informationsstelle Militarisation (IMI) ist ein eingetragener und als gemeinnützig anerkannter Verein. Ihre Arbeit trägt sich durch Spenden und Mitglieds-, bzw. Förderbeiträge, die es uns ermöglichen, unsere Publikationen kostenlos im Internet zur Verfügung zu stellen. Wenn Sie Interesse an der Arbeit der Informationsstelle oder Fragen zum Verein haben, nehmen Sie bitte Kontakt zu uns auf. Nähere Informationen wie auch Sie IMI unterstützen können, erfahren Sie auf unserer Homepage ([www.imi-online.de](http://www.imi-online.de)), per Brief, Mail oder Telefon in unserem Büro in Tübingen. Spenden an IMI sind steuerabzugsfähig. Unsere Spendenkontonummer ist: 1662832 bei der Kreissparkasse Tübingen (BLZ 641 500 20)

Adresse:  
Informationsstelle Militarisation e.V.  
Hechingerstr. 203  
72072 Tübingen  
Telefon: 07071/49154  
Fax: 07071/49159  
e-mail: [imi@imi-online.de](mailto:imi@imi-online.de)  
web: [www.imi-online.de](http://www.imi-online.de)

Der hier abgedruckte Text spiegelt nicht notwendigerweise die Meinung der Informationsstelle Militarisation (IMI) e.V. wieder.

